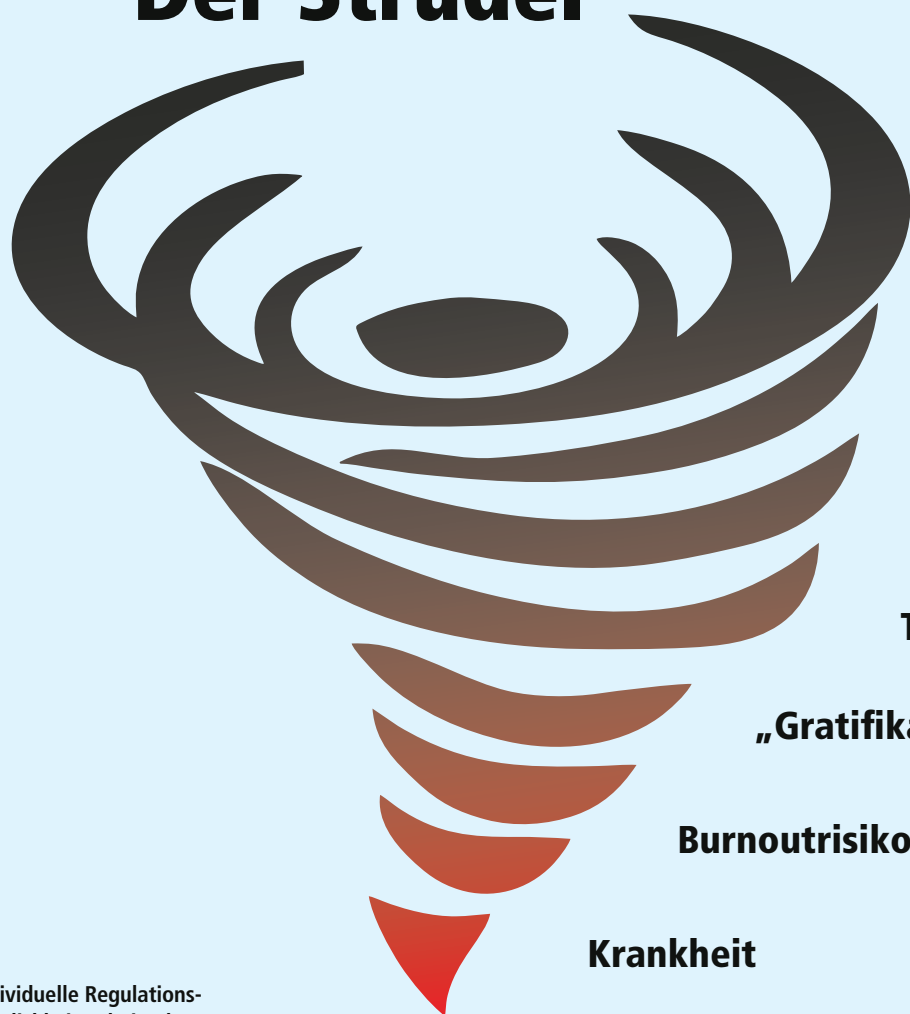


FLZ Nr. 2-2023
Jahrgang 44
Mai 2023



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL- ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

Der Strudel



Zunächst der Versuch, die eigene Arbeit zu verbessern

Einschränkung der Kommunikation

Einschränkung der Qualität

Stundenreduzierung, Teilzeit

„Gratifikationskrise“

Burnoutisiko

Krankheit

Ausscheiden, vorzeitiger Ruhestand

Individuelle Regulationsmöglichkeiten bei Belastung
(aus dem Vortrag von Dr. Frank Mußmann bei der Aktionskonferenz am 15. März 2023, siehe auch S.2/3)

Es ist an der Zeit!

Alle Jahre wieder startet die Kampagne der Abschlussprüfungen an den weiterführenden Schulen. Und alle Jahre wieder bleibt festzuhalten: Die Belastungen sind hoch, die Entlastungen sind gering und in keiner Weise ausreichend. Und wir sehen es als unsere Aufgabe an, dieses Missverhältnis, das im Bildungsbereich an vielen Stellen besteht, sichtbar zu machen und positiv zu verändern – entweder durch Verzicht auf nicht notwendige Belastungen oder ausreichende Entlastung bei notwendigen Aufgaben.

Bei den Abschlussprüfungen versuchen wir dies durch Arbeitszeitrechner, den wir den Kolleg*innen zur Verfügung stellen, um ihre Arbeitszeiten zu dokumentieren. An anderen Stellen müssen wir es mit anderen Mitteln machen. Wie das gehen kann, wurde und wird auf den in ganz Hessen stattfindenden Aktionskonferenzen der GEW unter dem Motto „Zeit für mehr Zeit“ diskutiert. So auch am 15. März in Frankfurt, wo an die 100 Kolleg*innen sich zusammengefunden haben, diese Thematik anzugehen.

In der Zeit vom 26. 6. – 7. 7. 2023 wollen wir dann an allen Bildungseinrichtungen, aber auch an anderen Orten mit Aktionen auf die Belastungen aufmerksam machen. Wenn ihr Interesse habt, auch daran teilzunehmen, kontaktiert uns. Und auch nach den Sommerferien werden wir weiter gemeinsam mit euch für notwendige Entlastungen kämpfen – es ist an der Zeit!

Laura Preusker
und Sebastian Guttman



A-13 in Trippelschritten auch in Hessen

Start mit 10 Prozent der Differenz zu A12 zum 1. August 2023 – Ende der Anpassung 2028 – ein langer Kampf neigt sich dem Ende zu. Das dicke Brett ist gebohrt.

Foto: Demo in Frankfurt am 12.11.2022



15. März 2023 im Saalbau Südbahnhof in Frankfurt am Main

Aktionskonferenz in Frankfurt mit beeindruckenden Erkenntnissen

Die GEW Hessen veranstaltet gegenwärtig eine Reihe von Aktionskonferenzen in verschiedenen Teilen von Hessen. An der ersten am 15. März 2023 im Frankfurter Südbahnhof haben über 100 Lehrkräfte aus den Frankfurter Schulen an der vom Bezirk Frankfurt organisierten Veranstaltung mit Dr. Frank Mußmann teilgenommen.

Zu Beginn informierte Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, über die Entwicklungen im Streikrecht für Beamt:innen. Die erste mündliche Anhörung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hat am 1. März 2023 stattgefunden. Ein ausführlicher Bericht findet sich in der neuen HLZ!

Inzwischen ist auch ein Urteil gegen die vom Hessischen Kultusminister verhängten Disziplinarmaßnahmen wegen des Streiks in 2015 ergangen. Das

Verwaltungsrecht Wiesbaden hob den Verweis gegen eine Kollegin auf. Die GEW Hessen hat daraufhin das Kultusministerium aufgefordert, alle Disziplinarverfahren unverzüglich einzustellen und den Kolleginnen und Kollegen die noch ausstehenden Dienstjubiläen zu gewähren.

Im Mittelpunkt stand Frank Mußmann, der inzwischen eine weitere Arbeitszeitstudie in Sachsen gemacht hat, welche die Frankfurter Ergebnisse eindrucksvoll bestätigt hat. Im Folgenden sind einige Auszüge aus dem Vortrag abgebildet. Der Vortrag wurde ausgiebig diskutiert und Konsequenzen beraten.

Mit der von ihm ebenfalls durchgeführten bundesweiten Arbeitsbelastungsstudie, die sich mit der Mehrarbeit durch Digitalisierung auseinandersetzt, ergibt sich ein auch wis-

senschaftlich ausführlich begründeter Handlungsbedarf. Ein Handlungswille ist dagegen auf Seiten der Kultusministerseite nicht erkennbar.

Das zeigten zuletzt die Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusminister, die auf große Empörung stießen und von den teilnehmenden Lehrkräften als völlig inakzeptabel eingestuft wurden. (siehe auch den Kommentar auf der nächsten Seite).

Zum Schluss wurden die gemeinsamen Aktionstage im Rahmen der Kampagne „Zeit für mehr Zeit“ vorbereitet. Dies ist der Auftakt einer Reihe von Veranstaltungen in Hessen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sebastian Guttman, Bezirksvorsitzender Frankfurt.

Für den 20. September 2023 ist ein großer Aktionstag in Hessen vorgesehen.

Packende wissenschaftliche Erkenntnisse mit Frank Mußmann



Wortmeldungen von befragten Lehrkräften

„Wenn ich auf die pädagogische und erzieherische Arbeit am Kind schaue, würde ich immer wieder Lehrerin werden. Wenn ich auf die Bedingungen unseres Schulsystems schaue, dann nicht. Begründung: Arbeitszeitbelastung durch vor allem organisatorische und administrative Aufgaben, die durch andere Personen erledigt werden können/zu große Klassen, um die Kinder ausreichend individuell zu fördern/das Korsett des Lehrplans/halbherzige Inklusion/in absehbarer Zeit ist staatlicherseits keine Gesamt- bzw. Ganztagschule in Sicht, beides halte ich für zwingend notwendig, um die Herausforderungen der Bildungsarbeit für die künftigen Generationen zu meistern / es fehlt an Perspektiven, dass sich die derzeitige Situation ändert.“ (Grundschule)

„An eine Vollzeitstelle ist aus gesundheitlichen Gründen schon nicht mehr zu denken, dabei war dies immer mein Wunsch. Ich liebe diesen Job, aber das System, in dem wir arbeiten, stimmt nicht. Es schickt unzählige fantastische PädagogInnen ins Burnout. Diese Schieflage ist seit vielen Jahren bekannt, doch es passiert scheinbar nichts.“ (Grundschule)

„Ich arbeite gern als Lehrerin, sehe mich (aber) der immensen Arbeitszeit / Aufwand bei minimaler Anerkennung gegenüber nicht gewachsen, zumal ich alleinerziehende Mutter bin.“ (Gymnasium)

„Oft reduziere ich sogar noch meine Pausen in der Schule, um eine zeitliche Reserve zu schaffen.“ (Gymnasium)

„Es geht nicht darum, Aufgaben abzugeben, sondern darum, dass im Normalzustand eh schon alle ausgelastet sind und krankheitsbedingte Ausfälle nur mit einer Überbelastung anderer kompensiert werden können, da wir dank dem (...) Kultusministerium nur auf Kante planen und einstellen dürfen!“ (Gymnasium)

„Es werden zu viele Extra-Aufgaben, wie Umsetzung der Digitalisierung, psychologische Tätigkeit etc. auf Lehrkräfte abgewälzt. Die eigentliche Kernaufgabe des Unterrichts macht einen sehr geringen Teil der Arbeitszeit aus. (...) Es müssen mehr professionelle Berufsgruppen an der Schule arbeiten als nur Lehrkräfte, um Aufgaben aufzuteilen und besser bearbeiten zu können.“ (Oberschule)

„Es gibt zu viel wenig Zeit für administrative Aufgaben. Schulleitungen leiden unter der Doppelbelastung (vor allem Stellvertreter*innen) – oftmals sind diese auch Klassenleiter*innen. Es gibt zu wenig Zeit für moderne Führung, Partizipation, Kooperation und Entwicklung.“ (Grundschule)

Entlastende Faktoren

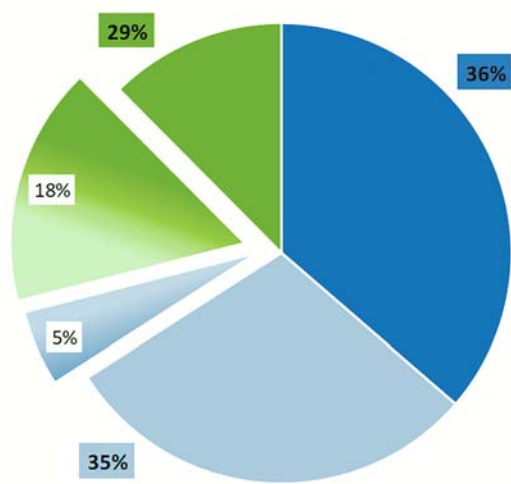
- Belastbare Digitalisierungslösungen
- (Hard-/Software, Didaktik, Administration)
- Neue Formen der Unterrichtsorganisation / digitale Medien)
- Reduktion Organisations- und Verwaltungsaufgabe
- Reduktion von Dokumentationspflichten
- Organisatorische Unterstützung bei der Klassenleitung
- Abgabe von Aufgaben an andere Berufsgruppen
- Zusammenarbeit in multi-professionellen Teams

- Sonderpädagogische Unterstützung (Inklusion)
- Verbesserung der persönlichen Arbeitsorganisation
- Vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung / Resilienz
- Kompetenzentwicklung, Weiterbildung, Coaching, Mentoring



Die Summe der „neuen Aufgaben“ macht rund 23 Prozent einer Schulzeitwoche aus, wie die neue Arbeitszeitstudie in Sachsen ergeben hat:

Tätigkeitsverteilung der Schulformen in Sachsen
Grundschule, Oberschule, Gymnasium (VZLÄ, n = 1.238, Durchschnittswoche)



Klasse Unterrichtsnahe Lehrarbeit (≅ 5% einer Schulwoche)

- => Digitale Unterrichtsgestaltung
- => Vergleichsarbeiten – Evaluationen – Wettbewerbe
- => Vor- und Nachbereitung für SuS mit Flucht / Migration
- => Berufsorientierung

Klasse Sonstiges (≅ 18% einer Schulzeitwoche)

- => Abrufen Schulportal und Lernsax (in allen Rollen)
- => Organisations- und Kommunikationsaufwand Fernunterricht
- => Ganztags
- => Inklusion
- => Multiprofessionelle Teams
- => Hygiene-Aufgaben und Tätigkeiten rund um Corona (alle Rollen)
- => Lernstands-Dokumentationen
- => Neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit
- => Neue Aufgaben in Eigenverantwortung der Schule
- => Einführung und Umsetzung Digitaler Unterricht
- => Ungleiche Kompetenzen der SuS bei digitalen Medien u: Techniken
- => Service- und Administration bei Nutzung digitaler Techniken
- => Betreuung und Kommunikation für SuS mit Flucht / Migration
- => Zuarbeit Medienbildungskonzept / digitale Schulstrategie
- => Erfüllung neuer behördlicher Aufträge

Summe „Neue Aufgaben“: 10:50 Stunden ≅ 23% einer Schulzeitwoche

© Kooperationsstelle Universität Göttingen



statt eines editorials ...

Mit Gesundheit und Bildung kommen zwei „weiche“, aber gesellschaftlich zentrale Infrastrukturbereiche in den Klammergriff privater Interessen und in einen zunehmenden Privilegienkampf

Teil 1: Gegenwart

Personalmangel und zunehmende, teils unerträgliche Arbeitsbelastung, an den Hochschulen überdies das leidige Befristungsunwesen, Flucht aus dem Beruf und Qualitätsminderungen: davon sprechen die Betroffenen im Bildungswesen und die GEW seit Jahren. Inzwischen haben sie es sogar in die veröffentlichte Meinung geschafft.

Das fast Gleiche ist im Gesundheitswesen zu beobachten. Auch die Ursachenanalyse kommt zu den gleichen Schlüssen: permanente Unterfinanzierung und Flucht aus der staatlichen Verantwortung, unverschämte Reformvorschläge.

Bildung: Die Pläne der Kultusminister laufen darauf hinaus, den selbst verschuldeten Lehrkräftemangel dafür zu nutzen, den Lehrberuf zu entwerten, das Bildungswesen zu gentrifizieren bis hin zur Privatisierung und die Qualität zu hierarchisieren: bessere Bildung für diejenigen, die es sich leisten können.

Gesundheit: Die Pläne von Lauterbach und seinen beratenden Gesundheitsökonomern werden langsam, aber zunehmend als das erkannt, was sie sind: die breite Öffnung der Krankenhauslandschaft für Privatinvestoren und ihre Rendite – durch einen nie dagewesenen Krankenhauskahlschlag und die Verwandlung von Krankenhäusern in „Medizinische Versorgungszentren“ unter der Regie von Private Equity-Firmen.

Gewinne werden generiert durch Ausquetschen des Personals, Outsourcen und den richtigen „Case Mix“, der genügend „profitable“ Krankheitsfälle beinhaltet.

Bisher herrscht bei den Betroffenen und selbst ihren Gewerkschaften noch die Meinung vor, dass ‚Reformen‘ im Gesundheitswesen oder im Bildungswesen einer vorübergehenden Notlage geschuldet seien, die es zu überwinden gelte.

Realitätsgerechter wäre es aber, der Politik mindestens Fahrlässigkeit vorzuwerfen. Aber auch dieser Vorwurf greift vermutlich zu kurz, weil inzwischen ein strukturelles Interesse an dieser Notlage erkennbar wird. Denn diese Notlage ist gleichzeitig ein will-

kommener argumentativer Hebel, um „neue Zeiten“ einzuführen. Ältere erinnern sich an den Ausspruch des Gründers der größten privaten operativen Stiftung in Deutschland, der Bertelsmann-Stiftung, Reinhard Mohn. Dieser sagte sinngemäß, es sei gut, wenn dem Staat das Geld ausgehe. Denn dann könnten die Privaten zeigen, dass sie es besser können.

Ein Dokument der „Zeitenwende“

Gesundheit: Anzeichen und Vorläufer gab es bereits genug. Es war eben kein Zufall, sondern erklärte CDU-Regierungslinie unter Roland Koch: Privatisieren, was der Staat nicht unbedingt selbst machen muss. Und dazu gehörte neben vielen PPP-Projekten eben auch eine Uniklinik, der man jetzt das Geld, das man angeblich einsparen wollte, noch hinterherwirft. Nur, dass es inzwischen eine grüne Hochschulministerin ist, die dies alles weiterführt, das ist die wahre Zeitenwende. Privat vor Staat, was früher CDU und FDP als Markenzeichen hatten, haben die Grünen längst übernommen. Auch sie tragen überall dort, wo sie in den Ländern regieren, zur Unterfinanzierung der Klinikinvestitionen bei und damit zuerst zu Defiziten und dann zu massenhaften Schließungen.

Bildung: Im Hochschulbereich ist Deutschland das Land mit den meisten prekären wissenschaftlichen Arbeitsplätzen. Und das soll nach Bundesregierung und Landesregierung auch so bleiben! Im Schulbereich hat das Papier der „Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK)“ vom 27. Januar 2023 hohe Wellen geschlagen – leider nicht hoch genug.

Wer erwartet hatte, dass den mittlerweile drei neuen Studien zur Arbeitsbelastung der Lehrkräfte ein Wort des Bedauerns und ein Vorschlag zur Belastungsreduzierung folgen würde, musste erzürnt feststellen, dass die Notlage im Gegenteil noch für Unverschämtheiten genutzt wird.

Mit den „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“ soll auch noch der Ruhestand als Lehrkräfte-Reservoir

Fortsetzung: Mit Gesundheit und Bildung kommen zwei „weiche“, aber gesellschaftlich zentrale Infrastrukturbereiche in den Klammergriff privater Interessen und in einen zunehmenden Privilegienkampf

genutzt bzw. der Ruhestandseintritt verschlechtert werden. Ermäßigungsstunden und Teilzeitmöglichkeiten sollen eingeschränkt und die Belastung durch Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung noch gesteigert werden. Auch vor einer Verschlechterung der Klassenrößen schreckt die Empfehlung nicht zurück.

Das alles soll durch „Achtsamkeitstrainings und eMental-Health-Angebote“ aufgefangen werden!

Fürs erste nicht übernommen ...

Wie brisant dieses Papier aus der ‚Denkfabrik‘ der KMK selbst den KultusministerInnen zu sein scheint, lässt sich daraus ersehen, dass in den „weiteren Maßnahmen als Reaktion auf den Lehrkräftebedarf“ der KMK vom 17. März 2023 die brisantesten Vorschläge der Wissenschaftlichen Kommission nicht mehr auftauchen (fürs erste).

Wer glaubt, hier sei Böswilligkeit am Werk, übersieht den permanenten Kampf um Privilegien. Darüber zu sprechen, wird tunlichst vermieden. Privilegien zu verteidigen und vor allem auch das System, das diese Privilegien hervorgebracht und verstetigt hat – dazu setzen die Privilegierten alle Hebel in Bewegung. Da sie ohnehin über die nötigen finanziellen und medialen Möglichkeiten verfügen, fällt ihnen das nicht schwer. Leider ist das kein Kampf um die besten Argumente. Im Gegenteil: kein ‚Argument‘ kann schlecht genug sein, um nicht verwendet zu werden, wenn es sich nur als einflussreich entpuppt.

Exkurs

Wer diese ‚erbitterte Verteidigung des Systems‘ nicht glaubt, kann sich gern nochmal die FLZ 3/2020 herunterladen („Anmerkungen zu einem Lehrstück der politischen Propaganda im Hessischen Landtag“, Ausgabe auf der Homepage der GEW BV Frankfurt), in der ich eine von der Fraktion ‚Die Linke‘ beantragte „Aktuelle Stunde“ im hessischen Landtag zur Vermögensteuer nachgezeichnet habe. (Wir erinnern uns: Bildung kostet Geld, und die Vermögensteuer ist eine Landessteuer, die längst wieder aktiviert werden müsste)

Schon der einleitende Satz des linken Abgeordneten Jan Schalauske: „Wer Armut überwinden wolle, der müsse den „unverschämten Reichtum“ in dieser Gesellschaft endlich begrenzen und substanziell besteuern“ löste eine Flut von Beschimpfungen aus.

Die Landtagsabgeordnete Schardt-Sauer von der FDP ärgerte der Versuch vonseiten der Linken, „der Öffentlichkeit weiszumachen, dass Sie die Deutungshoheit darüber hätten, wann eine Besteuerung nicht mehr solidarisch sei ...“ Ansonsten altbekannte Etiketten: „Klassiker aus der Mottenkiste“ – „Unverschämten Reichtum“ zu beseitigen, sei Sozialismus. „Und den wollen wir nicht!“ – „das ur-

alte Mantra der Linken“ – „Linke forderten ja immer das Gleiche“ – Schalauske habe „die Maske fallen gelassen, die Ideologie kam durch“ – Oma Lenas kleines Häuschen sei doch betroffen, wenn die Vermögensteuer wieder aktiviert würde.

Das waren ‚die Argumente‘ in der Repräsentanz der hessischen Demokratie!

Unterfinanzierung, Lehrkräftemangel, Arbeitsüberlastung, fehlende Inklusion sind weder Versehen oder schlichte Unfähigkeit oder leider nicht zu umgehen, sondern offensichtlich gewollt und nützlich.

Aus dem Blickwinkel der Privilegierten

Denn diese Mangelsituationen haben eben auch ihre Vorteile, wenn man sie aus dem Blickwinkel der Privilegierten sieht:

Mit jeder Verschlechterung der Chancen der einen Bevölkerungsgruppe verbessern sich reziprok die Chancen der anderen auf die lukrativen Jobs.

So etwas wird selbstverständlich nicht offen zugegeben: verminderte Chancen der einen = verbesserte Chancen der anderen. Aber so funktioniert eben die Wettbewerbsgesellschaft.

Francis Seeck verwendet aus der Perspektive der Klassengesellschaft den Begriff „Klassismus“.

Nicht zufällig ist für die *„bildungspolitische Tagung der GEW Hessen am 16. Mai 2023“* die Vorstellung ihres Buchs „Zugang verwehrt – Keine Chance in der Klassengesellschaft: wie Klassismus soziale Ungleichheit fördert“ vorgesehen. Sicher eine gute Vorbereitung für die Landtagswahl im Herbst.

Mangelsituationen können von den Privilegierten leichter ausgeglichen werden als von den anderen. Die Corona-Politik hat das jüngst bestätigt. Das reicht von dem häuslichen Umfeld, der bezahlten Nachhilfe, PrivatlehrerInnen über Genertifizierung bis zum Privatschulwesen. Aber auch bezahlte Berufsan schlüsse, ‚Connections‘ oder die klassischen Verbindungen (ob schlagend oder nicht) tun ihr Übriges. Und generell gilt auch hier: Geld ist das entscheidende Schmiermittel.

Auch die Indizien, dass eine Mangelsituation, wie wir sie grade im Gesundheits- und Bildungswesen erleben, wenn schon nicht bewusst geplant, dann doch mindestens fahrlässig herbeigeführt worden ist, sprechen eine deutliche Sprache:

- Keine vorausschauende, langfristige Personalpolitik
- Rechtzeitige Warnungen, Gutachten etc. werden ignoriert und teilweise sogar denunziert.
- Mangelsituationen werden sogar informell geleugnet
- Nötige Finanzmittel werden verweigert, obwohl Möglichkeiten durchaus zur Verfügung stehen

Teil 2: Ein Rückblick hilft zu verstehen

Ich möchte aber an dieser Stelle eine Ergänzung zu diesem Kampf um Privilegien (oder, wie es der Multimilliardär Warren Buffet ausgedrückt hat, den Klassenkampf) vornehmen, auf den bereits vor 15 Jahren die kanadische Aktivistin Naomi Klein hingewiesen hat: Die neoliberale



Hatte die Sturmflut verhindert: Proteste gegen Schulschließungen wie hier in Oakland, Detroit und Chicago

Politik der privaten Privilegierung setzt immer wieder gern (und zunehmend) auf die von Klein so genannte Schock-Strategie.

Schockstrategie in der Bildungspolitik – wie ein Hurrikan zum Privatisierungskahlschlag der öffentlichen Schulen genutzt wurde

Naomi Klein hat in ihrem Klassiker „Schockstrategie“ von 2007 (Untertitel: „Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“) mit der Erzählung begonnen, wie die Auswirkungen des Hurrikans Katrina in New Orleans 2005 von den Anhängern des neoliberalen Milton Friedman dazu benutzt wurden, das dortige öffentliche Schulsystem zu demonstrieren und in ein privates Charter-school-System zu verwandeln.

Der Hurrikan war für die Stadt und Louisiana eine Katastrophe mit fast 2.000 Toten und über 100 Milliarden Dollar Schäden – ein Schock, als die Dämme brachen, schreibt Klein.

Während die Leute für Essensrationen anstanden, machte die Aussage eines prominenten Parlamentsabgeordneten aus der Stadt die Runde: „Endlich ist New Orleans von den Sozialwohnungen gesäubert!“

Und Milton Friedman, Begründer der radikalen Chicagoer Schule des Neoliberalismus, veröffentlichte in der New York Times: Die Trümmer seien „auch eine Gelegenheit, das Bildungssystem radikal zu reformieren.“ Sein Vorschlag: Bildungsgutscheine für die Bevölkerung, einzulösen bei privaten Bildungseinrichtungen, statt Wiederaufbau der öffentlichen Schulen.

Binnen 19 Monaten – während die Armen der Stadt noch größtenteils evakuiert waren – wurde das öffentliche Schulsystem nahezu vollständig durch privat betriebene Charter-schools ersetzt: von 123 öffentlichen Schulen blieben ganze vier übrig!

Der Tarifvertrag für die Lehrkräfte kam in den Reißwolf, 4.700 Gewerkschaftsmitglieder wurden gefeuert.

Friedmans Denkfabrik war begeistert: „Katrina vollbrachte an einem Tag ..., was den Schulreformen von Louisiana in jahrelangen Versuchen nicht gelungen war.“

Und Klein fasst zusammen: „Mehr als drei Jahrzehnte lang



hatten Friedman und seine mächtigen Anhänger genau diese Strategie perfektioniert: Auf eine große Krise oder einen Schock warten, dann den Staat an private Interessenten verfüttern, solange die Bürger sich nicht vom Schock erholen, und schließlich diesen ‚Reformen‘ rasch Dauerhaftigkeit verleihen.“

Das gilt heute noch mehr: Nicht die Katastrophen sind das Problem, sondern das, was aus und mit ihnen gemacht wird; und zwar aktiv und systematisch gemacht und betrieben wird – von denen, die die Mittel dazu haben, ihre Interessen durchzusetzen.

Das ist keine Verschwörung, sondern gezielte und systematische Interessenpolitik. Trotzdem werden die KritikerInnen gern pauschal ‚Verschwörungstheoretiker‘, ‚Schwurbler‘ o.ä. genannt. Man könnte es besser „Klassenkampf“ nennen.

Systematisch verbreitete Angst macht gefügig

Wir alle, auch die GEW oder politische Parteien, soweit sie sich der kritischen Aufklärung verpflichtet fühlen, sollten uns nach den Erfahrungen der großen Krisen der letzten Zeit diese Erkenntnisse und Zusammenhänge immer wieder in Erinnerung rufen:

► In der Folge von 9/11 im Jahr 2001, dem Angriff mit entführten Verkehrsflugzeugen auf zentrale Einrichtungen der USA kam es zu der weitestgehenden Einschränkung von Freiheitsrechten und

Notstandsmaßnahmen seit dem 2. Weltkrieg.

► 2008 erschreckte die spekulative Seite des Finanzkapitalismus in dramatischer Weise die Öffentlichkeit. Und wie selbstverständlich wurden die Banken mit Steuergeldern gestützt.

► 2021 verunsicherte die Corona-Politik ganze Gesellschaften

► 2022 wurde der Ukraine-Krieg zu einer „Zeitenwende“ erklärt.

Für die beiden letzten ist sogar die regierungsamtliche Anleitung zur Angstproduktion dokumentiert.

Der Hoffnungsschimmer

Und doch bleibt auch Aufklärung nicht ohne Wirkung. Ein Grund könnte sein, dass die Bevölkerung noch nicht weich genug geklopft ist, wie das folgende Beispiel aus dem ebenfalls prekären Gesundheitsbereich zeigt.

Großer Vertrauensverlust in die Gesundheitspolitik:

Eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Bosch Health Campus der Robert Bosch Stiftung zeigt, dass das Vertrauen der Bürger:innen in die deutsche Gesundheitspolitik gesunken ist. Fast 60 Prozent der Befragten geben an, wenig oder sogar kein Vertrauen mehr in die Fähigkeit der Politik zu haben, für eine hochwertige und zugleich bezahlbare Gesundheitsversorgung zu sorgen. Das sind mehr als doppelt so viele wie noch im Jahr 2020 (30 Prozent).

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article244523156/Gesundheitspolitik-Grosser-Vertrauensverlust-in-der-Bevoelkerung.html>

Und: Noch nie gab es so viele Streiks für Entlastungstarifverträge im Gesundheitswesen mit interessanten Ergebnissen.

Fazit: Wir haben (noch) gute Chancen, an ein vernunftgeleitetes Misstrauen der Bevölkerung gegen eine Politik des ‚Katastrophen-Kapitalismus‘ und eine daraus abgeleitete Gegenwehr anzudocken.

Dazu müssen wir aber systematisch alle Angriffe auf die öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Bereiche bloßstellen und dafür sorgen, dass gemeinwirtschaftliche Ziele Oberwasser bekommen. Dafür gibt es wahrlich genug Gelegenheiten.

Herbert Storn

Entlastungstarifverträge an den Unikliniken – Vorbild für die GEW?

Dieser Bericht für den Landesvorstand der GEW (10./11. März 2023) über die Streiks für Entlastungstarifverträge am Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) und anderswo ist für zwei Blickwinkel gedacht: einmal für die Sicht der Klinikbeschäftigten, gleichzeitig aber auch für Bildungsbeschäftigte und die GEW, inwieweit diese Streiks auch für den Bildungsbereich als Vorbild dienen können.

An Kliniken wird zunehmend für einen Entlastungstarifvertrag gestreikt, zuletzt am UKGM am 6. und 7. März 2023, davor an der Uniklinik Frankfurt a.M., am längsten an den Uni-Kliniken in NRW, nämlich über 77 Tage, und davor an der Charité.

Was ist ein Entlastungstarifvertrag?

Im Tarifrecht gibt es Entgelttarifverträge, welche die Grundvergütung, auch für Auszubildende regeln; dann Rahmentarifverträge, in denen die Entgeltgruppen und Entgeltformen festgelegt sind; schließlich Manteltarifverträge. Sie enthalten Bestimmungen über Arbeitsbedingungen wie Einstellung und Kündigung, Arbeitszeit, Zuschläge. Die Laufzeiten sind verschieden.

Der Hintergrund für die Zunahme von Entlastungsforderungen ist schlicht, dass das Personal aus unzumutbaren Arbeitsbedingungen flieht und dadurch Arbeitskräftemangel eintritt. Die Arbeit der verbliebenen Arbeitskräfte erleidet eine erhebliche Qualitätsminderung.

Die Dringlichkeit für die Lösung der Probleme mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen sind auf der Arbeitnehmerseite größer; aber auch die Arbeitgeber/Unternehmer haben zunehmend Probleme, Personal zu finden.

Die nächste Frage, die sich stellt: An welchen „Stellschrauben“ sollen/können Arbeitsbedingungen verbessert werden?

Die Lösung wird in verbesserten Personalrelationen im Verhältnis zu den Aufgaben gesehen. Im Bildungsbereich wären das beispielsweise Gruppen- oder Klassengrößen.

Das Sanktionsmittel bei Verletzung der vereinbarten Mindestbedingungen sind Entlastungen durch zusätzliche freie Zeit, notfalls auch durch Geld.

Beispiel:

Charité in Berlin seit Anfang 2022:

„Das sogenannte Chep-System hat die Gewerkschaft Verdi in den Tarifverhandlungen für das Krankenhaus vor gut einem Jahr durchgesetzt. Cheps, das sind Punkte, die

Fachkräfte für jede unterbesetzte Schicht, in der sie arbeiten müssen, sammeln. Wer fünf Punkte gesammelt hat, darf sich dafür einen ganzen Tag freinehmen.“ (ver.di)

Beispiel: Eckpunkte-Vereinbarung NRW
Es geht um „ausgleichende Belastungssituationen“.

„Für die erfassten Bereiche werden Mindestpersonalbesetzungen vereinbart. Kommt es zu einer Unterschreitung der Mindestpersonalbesetzungen innerhalb fest definierter Zeiträume werden bereichsindividuell Entlastungstage gewährt.“

Die maximale Anzahl von erreichbaren Entlastungstagen beträgt für jede/n Beschäftigte/n

- a) im ersten Jahr der Umsetzungsphase: 11 Tage
- b) im zweiten Jahr der Umsetzungsphase: 14 Tage
- c) ab dem dritten Jahr der Umsetzungsphase: 18 Tage

Außerdem geht es um einen zusätzlichen standortspezifischen Stellenaufbau“ (Eckpunkte-Vereinbarung NRW)

Sind die bisherigen Ergebnisse nach Tarifkämpfen zufriedenstellend?

Die Antworten: eher nicht, dennoch werden sie als erster und ausbaufähiger Schritt angesehen.

Außerdem tragen die Auseinandersetzungen dazu bei, die öffentliche und veröffentlichte Meinung zu beeinflussen. Insofern sind sie ein Signal. Und zwar nach außen wie nach innen!!!

Inwiefern könnte die GEW von den Tarifaueinandersetzungen im Klinikbereich lernen?

- In beiden Fällen geht es um Überlastung,
- in beiden Fällen geht es um Arbeit, die sich nicht leicht messen lässt,

► in beiden Fällen geht es nicht nur um die Menge der Arbeit, sondern auch die Qualität

► in beiden Fällen geht es um Berufsflucht bzw. Abschreckung von möglichen BerufseinsteigerInnen, was eine Negativspirale in Gang setzt,

► in beiden Fällen geht es um Helfer-Berufe, die ein hohes selbstauteuerisches Potential haben,

► in beiden Fällen betreffen die Streikauswirkungen zunächst hilfebedürftige Menschen.

Die Streiks sind also auf begleitenden öffentlichen Druck auf die Regierungen angewiesen.

Aber: Die Streiks und entsprechende Tarifabschlüsse im Klinikbereich zeigen, dass es geht. Und das Bewusstsein und vor allem Selbstbewusstsein der KollegInnen ist immens gestiegen.

Herbert Storn



Krankenhausratschlag: zweitägige Versammlung der Beschäftigten der UKGM am 6./7. März – Foto: DGB Mittelhessen

Wer ist sie?

Sie ist einfühlsam.
Sie hört geduldig zu.
Sie ist Streitschlichterin.
Sie vermittelt.

Sie bringt ihre Ideen ein.
Sie gestaltet mit.
Sie plant Projekte.
Sie übernimmt Verantwortung.

Sie singt und tanzt.
Sie spielt und bewegt sich.
Sie erzählt Geschichten.
Sie spricht verschiedene Sprachen.

Sie arbeitet jeden Tag.
Sie ist für jeden da.
Sie ist alles.

Sie vermittelt Wissen und Werte.
Sie gibt Orientierung.
Sie ist Elternersatz.
Sie ist beste Freundin.

Sie hilft im Haushalt, sorgt für Ordnung und Sauberkeit.
Sie pflegt den Garten.
Sie kennt sich mit Computern aus.
Sie verarztet Wunden und sie tröstet.

da bin und dazu gehöre. Auch andere Kinder fragen immer mal wieder im Klassenzimmer „Wo ist denn dein Bett?“ oder sind überrascht, wenn ich erzähle, dass ich eine Mutter habe. Ja, es scheint unglaublich, aber auch LehrerInnen haben Familien und ein Zuhause.

Die Frage nach meinem Beruf kommt aber auch immer wieder von erwachsenen Menschen, die ich

geisterung in Grenzen. Neulich habe ich die Frage nach meinem Beruf mit folgender Aussage beantwortet: „Ich bin Classroom Managerin.“ Die Bewunderung meines Gegenübers war groß, obwohl er keine Ahnung hatte, was ich damit meinte. Hauptsache Managerin.

*

Was bin ich denn nun? Und was mache ich?

Lehrerin, das ist mein Beruf, den ich mir ausgesucht und gelernt habe. Ich liebe, was ich tue und das seit über 15 Jahren an hessischen Grundschulen. Sport und Sprachen bilden dabei meine Schwerpunkte. Wissen vermitteln, Kenntnisse erweitern und Erfahrungen teilen. Fördern und Fordern in sozialen, emotionalen, motorischen und kognitiven Bereichen. Kommunizieren, kritisch denken und Lösungen finden. Kindern Halt geben, sie begleiten und zu starken Persönlichkeiten werden lassen, das sind die Aufträge.

Aber LehrerIn sein bedeutet noch so viel mehr. Das Berufsbild hat sich dahingehend entwickelt, dass die Lehrkraft allein multiprofessionell arbeitet: Veraltungsa-

changestellte, IT-ExpertIn, EventmanagerIn, ÜbersetzerIn, SozialarbeiterIn, RaumgestalterIn, PsychologIn, AusbilderIn, MöbelpackerIn ... Die Kette der Berufsfelder könnte noch fortgeführt werden. Die Aufgabenbereiche, die zum Kerngeschäft des Unterrichts hinzukommen, sind kaum noch zu überblicken und mit den vorhandenen Ressourcen schwer zu bewältigen. Deshalb beschäftigen sich immer mehr Lehrkräfte auch mit den Gedanken: Bin ich überhaupt noch das, was ich sein wollte?! Und wie lange schaffe ich noch das zu tun, was ich tun muss?!

*

Um nochmal auf die anfängliche Frage zurückzukommen. Ein anderer Schüler war etwas spontaner und schneller mit seiner Antwort: „Das, was sie mit uns macht, IST ihr Beruf.“ Genau, all die Dinge sind aber nicht nur Beruf, sondern für viele – mich eingeschlossen – auch Berufung. Denn für Geld (und die vielen Ferien und den Halbtagsjob und den geringen Anspruch in der Grundschule...) mache ich es sicherlich nicht. Da hatte mein ehemaliger Schüler schon Recht. K.S.

KERNgeschehen

Wenn man alles ist, was bleibt dann noch übrig?

Vor vielen Jahren hat mich mal ein Schüler gefragt: „Frau Spangenberg, was machst du eigentlich beruflich?“ Ich war so überfordert, dass mir zunächst keine Antwort einfel. Diese Frage hat mich nicht nur in dem Moment überrascht, sie hat mich auch noch lange Zeit zum Nachdenken angeregt.

Im Grunde bin ich erstaunt und gleichzeitig stolz darauf, dass diesem Jungen überhaupt nicht bewusst war, dass ich als Lehrerin mein Geld verdiene. Er ist davon ausgegangen, dass ich einfach nur

kennenlerne. In Gesprächen erläutern sie ihre Professionen und ernen interessierte Reaktionen. Kleine Notiz am Rande: Gefühl gibt es nur noch Manager und CEO's. Alle leiten Unternehmen oder zumindest ein Team, verwalten Budgets, führen Verhandlungen, sitzen in Meetings, tragen Verantwortung. Das mache ich doch auch täglich, denke ich dann. Komme ich an die Reihe und sage, dass ich Lehrerin bin (und auch noch in der Grundschule, wie süß!), hält sich die Be-

Aus dem Ausschuss für Bildung und Schulbau

Bericht vom
23. Januar 2023

Herr Linsner vom Deutschen Roten Kreuz in Hessen Volunta gGmbH stellt ein Pilotprogramm zu sozial organisierten Schüleraustauschen vor. Zur Zeit arbeiten sie in Frankfurt ausschließlich mit Integrierten Gesamtschulen zusammen: Georg-Büchner-Schule und IGS West. Die wertvolle Erfahrung eines mehrmonatigen Auslandsaufenthaltes hängt von den finanziellen Ressourcen der Eltern ab. So kostet ein einjähriger USA Aufenthalt circa 120 000 Euro. Das Programm soll ausschließlich die Teilhabe von Jugendlichen sicherstellen, deren Eltern einen solchen einjährigen Auslandsaufenthalt sonst nicht bezahlen könnten. Die Organisation finanziert zur Zeit die Entsendung von 20 Jugendlichen bundesweit. Sie würden das Angebot gerne ausweiten. Deshalb wird die Stadt Frankfurt um Kooperation gebeten.

Die Studierendensprecher*innen, Paul Hußlein und Martha Geiger der Beruflichen Schulen Berta Jourdan vertreten engagiert und eloquent ihre Anliegen zum Thema Ausbildungsplätze und Arbeitsmarktzugang für Erzieherinnen und Erzieher. Das Tagespraktikum sei maximal ausgelastet. Es gebe keine räumlichen Kapazitäten, ein Umzug sei mehr als nötig. Die Gründung einer weiteren Schule sei kontraproduktiv, örtliche Kapazitäten

müssten erweitert und das Werbekonzept modernisiert werden. Werbung müsse gezielt erfolgen, dabei seien sie gerne behilflich. Die Studierendenvertreter*innen fragen, was die Stadt Frankfurt gegen die rückläufigen Zahlen in der Ausbildung und für bezahlbaren Wohnraum tue. Sie betonen, dass sie ehrenamtlich im Ausschuss sind und nicht ständig auf Messen oder in Ausschüssen sein wollen, um für das Berufsbild zu werben.

Frau Weber antwortet, dass zur Zeit Bestandsgebäude geprüft werden. Das jetzige Gebäude wird saniert und die Schulen Berta Jourdan werden an einen anderen Ort verlegt. Eine Ballungsraumzulage werde dringend benötigt. Dies würde bei der Gewinnung von Fachkräften helfen. Frau Weber will mit den Studierenden einen Werbefilm an der Schule drehen.

Zu den Planungen der Europäischen Schule nimmt zunächst Herr Reul als Vertreter vom Schaustellerverband Stellung. Der Verband stelle sich nicht gegen die Stadtentwicklung. Er spricht von einer bisherigen Poolposition am Ratsweg mit 3–4 Millionen Besuchern. Er betont, dass es wichtig sei, gemeinsam ein Konzept auf die Beine zu stellen. Miteinander bekomme man etwas Tolles auf die Beine. Lieber würden sie am Ratsweg bleiben und nicht immer erst die Neuigkeiten aus der Presse erfahren. Letzteres betont auch Herr Pauli, der in diesem Bildungsausschuss erneut engagiert für den Erhalt der Kleingartenanlage „Am Graben“ eintritt.

Frau Frank von den Grünen sagt, dass sie nicht garantieren können, dass Kleingärten erhalten bleiben, weil Schulen gebraucht würden.

Bericht vom
20. März 2023

Herr Rademacher von der Stabsstelle Schulbau gibt einen ersten Einblick in die Tätigkeiten.

Mit Ausblick auf die Schulbauoffensive nennt er noch keine konkreten Projekte. Zukünftig sollen Auslagerungsstandorte dauerhaft nutzbar sein, d.h. wenn eine Schule fertig saniert ist und in ihren Bau zurückzieht, könnte die nächste Schule dort einziehen. Nur für ein Projekt sei eine Auslagerung wenig sinnvoll. Außerdem sei das Thema Sport zentral. Sie hätten es fest im Blick.

Zum Thema Offensive für Schulsanierung jetzt mahnt Frau Hartenstein: die Schulen platzen aus allen Nähten. So könne es nicht weiter gehen. Die Schuloffensive muss dringend starten. Sie begrüßt die Arbeit der Stabsstelle. Diese werde aber erst in einigen Jahren Früchte tragen. Inzwischen müsse man mit den steigenden Schülerzahlen umgehen. Sie fordert eine bessere Abstimmung bei der Stadt zwischen den Ämtern. Schulleitungen wüssten oft nicht was passiert. Die Abläufe müssten verkürzt bzw. entschlackt werden.

Frau Comoli und Herr Trep sprechen für die Eltern der Deutsch-



Ausschuss für Bildung und Schulbau (B)

Der Ausschuss berät und entscheidet über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule, Volkshochschule, Kindertagesstätten, Stadtbüchereien, Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung

Er setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Juli 2021 aus 21 Mitgliedern zusammen: 5 GRÜNE, 5 CDU, 4 SPD, 1 LINKE, 1 FDP, 1 AfD, 1 Volt, 1 Öko-LinX-ELF, 1 BFF-BIG und 1 FRAKTION.

Alle Dokument aus dem PARLamentsInformationssystem der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

herrenschule zum Thema Kostenübernahme für Schülertickets im ÖPNV. Sie bemängeln die fehlende Kostenrückerstattung für Schülertickets mit der Begründung, dass es eine nähere Schule im Umfeld gibt. Sie fragen, inwiefern die Stadt Frankfurt die Eltern doch noch unterstützen könne. Sie weisen darauf hin, dass es Härtefallregelungen gegeben habe und plädieren für ein kostenloses Schülerticket. Frau Weber sagt, dass sie leider nichts machen können. Es stehe so im hessischen Schulgesetz. Die Richtlinie sei ein 3-Kilometer-Radius. Sie müsse das an den Kollegen Lorz weitergeben.

Ein Elternteil wirft ein, dass es bei der Umsetzung zu Ungerechtigkeiten komme. Im selben Stadtteil bekommen manche Kinder das Ticket genehmigt und andere nicht.

Frau Weber äußert, dass das Gesetz eigentlich für den ländlichen Raum gemacht sei. Eine Teilerstattung wäre wenigstens bis zur nächstgelegenen Schule möglich. Frau Weber bietet an, sich den Fall nochmal anzusehen. Es wird eine Initiative angeregt, sich auf Landesebene zusammenzusetzen, um eine bessere Regelung zu finden.

Zum Thema „Bau der Europäischen Schule am Ratsweg“ spricht Herr Roie, 1. Vorsitzender des Frankfurter Schaustellerverbandes. Er teilt dem Gremium die Sorgen des Verbandes mit. Letztendlich gebe es bisher keine vernünftige Lösung, wie es mit der Dippemess weitergehen soll. Er fordert, dass eine Lösung vor dem Bau der Europäischen Schule gefunden werden müsse. Sie seien seit 50 Jahren am Ratsweg. Dort

Aktionsplan Schule Sachstand: Bericht des Magistrats vom 23.01.2023

Die finalen Sachstände der Maßnahmen aus dem Aktionsplan Schule stellen sich nach erfolgter Ergänzung und Aktualisierung wie folgt dar.

Folgende Maßnahmen wurden im Jahr 2018 fertiggestellt:

- Bettinaschule: Hofsanierung
- Boehleschule: Austausch der Pavillionanlage
- Helmholtzschule: Toiletten- u. Fachraumsanierung (SBK)
- Edith-Stein-Schule (ehem. Eduard-Spranger-Schule): Erneuerung Fenster der Turnhalle
- IGS Eschersheim: Sanierung Fenster A-Gebäude inkl. Sonnenschutz
- Kerschensteinerschule: Maßnahme aus Sonderbaukontrolle – Erweiterung der Brandmeldeanlage
- Leibnizschule: Fachraumsanierung

Folgende Maßnahmen wurden im Jahr 2019 fertiggestellt:

- Ackermannschule u. Bürgermeister Grimm-Schule: Dachsanierung, Erneuerung Beleuchtung u. Brandschutz
- August-Jaspert-Schule: Brandschutz-, Kellersanierung
- Berufl. Schulen Berta Jourdan: Sanierung Kesselhaus

- Comeniusschule: Dachsanierung und Ausführung von Akustikdecken
- Ebelfeldschule: Fertigstellung 3. Bauabschnitt
- Frankfurter Schule für Bekleidung und Mode (Außenstelle): Erneuerung der Fenster
- Friedrich-Ebert-Schule: Überprüfung Dachkonstruktion und Reparaturen Boden Turnhalle
- Heinrich-von-Gagern-Gymnasium: Erneuerung der Heizungsanlage
- Helmholtzschule: Fachraumsanierung
- Klingerschule: Fertigstellung 2. Bauabschnitt
- Ludwig-Weber-Schule: Abriss/ Neubau, Auslagerung
- Meisterschule: Toilettensanierung
- Münzenberger Schule: Erneuerung Heizungsanlage
- Walter-Kolb-Schule: Erweiterung der Toilettenanlage

Folgende Maßnahmen wurden im Jahr 2020 fertiggestellt:

- Franckeschule: Erweiterung und Sanierung
- Boehleschule: Erneuerung Fenster

Folgende Maßnahmen wurden im Jahr 2021 fertiggestellt:

- Eichendorffschule: Erneuerung Fenster

Die Fertigstellung folgender Maßnahme ist in 2022 erfolgt bzw. vorgesehen:

- Römerstadtschule: Neubau
- Charles-Hallgarten-Schule: Erneuerung Fenster und Lehrertoiletten u. Feuchtesanierung im Keller
- Schwarzburgschule: Erneuerung der Heizungsanlage
- Edith-Stein-Schule (ehem. Eduard-Spranger-Schule): Austausch Pavillionanlage

Die Fertigstellung folgender Maßnahme ist in 2023 vorgesehen:

- Willemschule: Sanierung und Erweiterung
- Otto-Hahn-Schule: Sanierung Bauteil B
- Geschwister-Scholl-Schule: Erneuerung der Fenster, Sonderbaukontrolle und Brandschutz
- Eichendorffschule: Dach und Brandschutzsanierung
- Robert-Koch-Schule: Brandschutzsanierung
- August-Gräser-Schule: Brandschutzsanierung
- Stauffenbergschule: Maßnahmen aus Sonderbaukontrolle (2. Bauabschnitt), Toilettensanierung
- Heinrich-Seliger-Schule: Sanierung Sanitäranlage und Umkleide Turnhalle
- Johann-Hinrich-Wichern-Schule: Sanierung Sanitäranlage und Umkleide Turnhalle

Bei der durch die 50. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung geforderte Aufnahme der Projekte zum Neubau / Sanierung der Sporthallen an der Schule am Mainbogen und Friedrich-Ebert-Schule handelt es sich um investive Maßnahmen außerhalb des Aktionsplans Schule.

Kostenstand

Maßnahmen Investiv
Der Ansatz für die investiven Mittel im Schulbau wurde durch den Aktionsplan Schule um 95 Mio. Euro aufgestockt. Hiervon wurden bis September 2022 Mittel in Höhe von rund 93,5 Mio. Euro verausgabt.

Maßnahmen Konsumtiv
Für die konsumtiven Maßnahmen des Aktionsplanes wurden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von rund 49 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden bis September 2022 Mittel in Höhe von rund 30,8 Mio. Euro verausgabt.

Es kann prognostiziert werden, dass die kompletten Mittel, die im Rahmen des Aktionsplanes zur Verfügung gestellt wurden, verausgabt werden.

Vor dem Abriss:
Blick in einen der Altbauten
der Schule am Ried



<https://www.schule-am-ried.de/2021/03/die-abrissarbeiten-gehen-voran/#more-5590>

verfügen sie über gewachsene Strukturen. Er hält ein Plädoyer für die Kultur des Volksfestes. Diese solle gepflegt werden, so seine Forderung. Zur Zeit gebe es einen riesigen Aufschwung nach der Pandemie. Sie brauchen Planungssicherheit und einen festen Standort. Er fragt nach seiner Einladung zum runden Tisch. Die habe er bisher noch nicht erhalten. Er fürchtet um Arbeitsplätze, da er annimmt, dass irgendwann der Bau der Europäischen Schule weit fortgeschritten sei, aber noch kein angemessener Ort in Frankfurt für die Dippemess gefunden wurde.

Frau Weber versteht den Punkt der Planungssicherheit. Sie sagt einen runden Tisch gemeinsam mit der Messe zu. Herr Roie fordert eine schriftliche Zusage. Frau Weber sagt dies zu.

Herr Pauli, der weiterhin für den Erhalt der Kleingartenanlage „Am Graben“ kämpft, hält Frau Weber vor, warum die Europäische

Schule nicht im ehemaligen Gebäude des Stadtschulamtes in der Seehofstraße gebaut wird sondern nun das Gymnasium Süd. Frau Weber erwidert, dass das Gebäude und Gelände zu klein seien und diese Idee deshalb schon lange verworfen worden sei.

Schülervertreter*innen der Louise-von-Rothschild-Schule äußern sich zu den IT-Problemen an ihrer Schule. Die Computer und die Beamer funktionieren oft nicht. Fast alle Computer seien kaputt. Nur ein funktionierender Computer sei vorhanden, der eine Stunde brauche um hochzufahren. Die Schulsprecherin bemängelt außerdem die kühlstrankartigen Luftfilter, die erst nach der Pandemie angekommen seien und nun oft im Weg sind. Sie fordert vehement einen Vollzeit-IT-Beauftragten für Schulen, der/die jederzeit für alle anfallenden IT-Probleme ansprechbar sei.

Christina Avellini

Schulbauoffensive

Das Dezernat ist derzeit mit der Stabstelle Schulbau dabei, die Schulbauoffensive vorzubereiten. Alle Maßnahmen werden in allen Bildungsregionen systematisiert, in Tabellen zusammengefasst und jetzt priorisiert und mit Summen hinterlegt.

Das ist wohl der durchdachtste und bislang vielversprechendste Ansatz, um den Berg von Maßnahmen in den Griff zu bekommen.

(Letzte Meldung aus dem Bildungsdezernat)

„Schulsteckbriefe“ des ABI

Alle baulichen Maßnahmen an Frankfurter Schulen auf einen Blick

Der Fachbereich 25.2 des Amtes für Bau und Immobilien (ABI) betreut mit der Abteilung 25.21 Schulen/Kitas insgesamt 174 Schulgebäude im Stadtgebiet von Frankfurt am Main. Das Objektmanagement verantwortet dabei die wirtschaftlich-administrative Steuerung dieser Immobilien. In den Phasen Konzeption, Planung und Baudurchführung übernimmt das Objektmanagement die Bauherrenrolle und bedient sich bei der Umsetzung der Baumaßnahmen der Leistungen des Fachbereiches 25.5 Projektmanagement als Dienstleister.

Einen Überblick über alle Baumaßnahmen an Frankfurter Schulen bieten die aktualisierten Schulsteckbriefe.

Die Steckbriefe erfassen große, umfangreiche Bau- und Sanierungs-

vorhaben in der Verantwortung des ABI seit 2018. Dazu gehören beispielsweise Neubauten, Anbauten bzw. Erweiterungen, energieeffiziente Sanierungen oder Umbaumaßnahmen am Außengelände. Regelmäßige und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen sind dabei nicht aufgeführt.

Für jede Schule wurde ein eigener Steckbrief erstellt. Diese sind in alphabetischer Reihenfolge nach Schulnamen angeordnet.

Für die Angaben der Grunddaten der Schule, wie z. B. die Anzahl der Schülerinnen und Schüler wird eine größtmögliche Aktualität angestrebt, Abweichungen und Änderungen können allerdings nicht ausgeschlossen werden. Die Angaben geben den Stand von Oktober 2022 wieder und wurden grundsätzlich auf runde Summen aufgerundet. Die Steckbriefe werden kontinuierlich redaktionell überarbeitet und nach Möglichkeit jährlich aktualisiert zur Verfügung gestellt.

In den zurückliegenden knapp zwei Jahren hat das Amt für Bau und Immobilien (ABI) – trotz großer Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und die Entwicklung der Märkte für Bauleistungen und Materialien – ein hohes Volumen an Leistung und Mitteln in Schulbaumaßnahmen investiert. Ein gutes Beispiel dafür ist der fertige Neubau der IGS Kalbach-Riedberg.

Zu den größten Investitionen zählten in den Jahren 2021 und 2022 der Neubau der Römerstadt-Schule mit rund 24 Millionen Euro, die Erweiterung mit Sanierung des Bestandsgebäudes der Mühlbergschule mit 29,7 Millionen Euro und der Neubau der Gymnasialen Oberstufe für die Carlo-Mierendorff-Schule mit 35 Millionen Euro.

(Amt für Bau und Immobilien, November 2022)

Kurzeinschätzung zum Umzug der Europäischen Schule und den Sanierungsmaßnahmen an der ERS II

Die Europäische Schule an die Eissporthalle zu verlegen, ist schwer einzuschätzen. Aber verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass es mit nachhaltigem Ärger verbunden ist, den (trotz aller Einbindung unterschiedlicher Parteien) letztlich die Bildungsdezernentin abkriegen wird.

Wir fragen: Warum wird nicht die Lösung mit den Oberräder Sportwiesen gewählt, zumal

a) nach Aussage von Martin Wentz, der die Machbarkeitsstudie zur Europäischen Schule gemacht und im Bildungsausschuss vorgestellt hat, der Neubau an der Eissporthalle zwar machbar, aber von Beginn an „auf Kante genäht“ sei. Ein guter Start sieht anders aus!

b) ein Bau auf den Oberräder Sportwiesen durchaus möglich zu sein scheint (weil sich die Sportvereine

längst geeinigt hätten). Das müsste offiziell überprüft werden.

Der Stand der Sanierung an der ERS II ist wohl so, dass mit einer 8-jährigen Sanierungszeit gerechnet werden muss, die ersten Bauteile 2024 abgerissen werden und ein Leben in Pavillons bevorsteht.

BV AG zu ERS II und Europäischer Schule, März 2023

Schulbau und -sanierung braucht funktionsfähige Strukturen

Pressemitteilung des GEW BV Frankfurt

Viele Schulgebäude sind in einem schlechten Zustand und sanierungsbedürftig. Die Mängel sind bekannt, aber ihre schnelle Behebung muss deutlich beschleunigt werden. Woran es vor allem hängt, wurde in der aktuellen Situation erneut benannt: Es fehlt an städtischem Personal für die Umsetzung!

Viele Stellen im zuständigen Amt für Bau und Immobilien (ABI) sind nicht besetzt. Dass dieses Amt geschaffen wurde, ist richtig und sinnvoll.

Um die notwendigen Sanierungen zeitnah planen und umsetzen zu können, braucht es keine erneuten Umstrukturierungen, die auch wieder Verzögerungen beinhalten,

sondern es muss dafür gesorgt werden, dass alle vorhandenen Stellen besetzt werden.

Auch im Hinblick darauf, dass Sanierung von Bildungseinrichtungen eine städtische Daueraufgabe bleiben wird, ist es gut, wenn diese Aufgabe dauerhaft mit ausreichend Personal bearbeitet wird. Wenn es dann gelingt, alle für Sanierung bereitgestellten Mittel zeitnah zu investieren, muss im nächsten Schritt geschaut werden, ob noch zusätzliches Geld benötigt wird, um alle Sanierungen durchzuführen und dieses dann auch bereitgestellt werden.

1. März 23

Laura Preusker und Sebastian Guttman, Vorsitzendenteam

Carlo-Mierendorff-Schule

Gravensteiner Platz 2, 60435 Frankfurt am Main, Preungesheim
Ortsbeirat 10

Schulform:	Gesamtschule	
Schüler/innen:	ca. 740	
Zügigkeit:	4	
Schulleitung:	Frau Schiffer-Brams	

Kontakt:
Objektverantwortung: Amt für Bau und Immobilien
25.21.4 Objektbetreuung Ost
Solmsstraße 27-37
60486 Frankfurt am Main

E-Mail-Adresse: team-ost.amt25@stadt-frankfurt.de

Baumaßnahmen seit 2018		
Maßnahme *	Fertigstellung	Kosten brutto (ca.)
Neubau Gymnasiale Oberstufe (Teilbetriebnahme zum Schuljahr 2022/23)	2022/2023	35.000.000 €

*regelmäßige und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen sind nicht explizit aufgeführt



GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat Schule

Name	Schule	e-Mail Adresse
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkersheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Heidi Franciszczok	Elsa-Brändström-Schule	heidi.franiszczok@gew-frankfurt.de
Bine Friedrich	Panoramaschule	bine.friedrich@gew-frankfurt.de
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Enis Gülegen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ Frankfurt-West	sebastian.guttman@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Heide Krodel-Johne	Viktor-Frankl-Schule	heide.krodel-johne@gew-frankfurt.de
Zahreen Mahmood	Walter-Kolb-Schule	zahreen.mahmood@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergjusschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Ingeborg Ulrich	Schule am Ried	ingeborg.ulrich@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de

Gesamtpersonalratsbüro gesampersonalrat@kultus.hessen.de oder 069-38989185
Stuttgarter Straße 18–24, 60329 Frankfurt

Zuständigkeiten

Vorsitzendenteam	Meike Bär und Sebastian Guttmann		
Arbeits- und Gesundheitsschutz	Meike Bär und Heide Krodel-Johne	Fragen von Tarifbeschäftigten	Bine Friedrich und Heide Krodel-Johne
Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen			
<i>Berufliche Schulen:</i>	Susanne Hüttig	<i>Grundschulen:</i>	Heidi Franciszczok und Laura Preusker
<i>Gesamtschulen:</i>	Katja Weber	<i>Gymnasien:</i>	Christina Avellini
<i>Haupt- u. Realschulen:</i>	Katja Weber	<i>Sonderpädagogik:</i>	Sebastian Guttmann

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam Sebastian Guttmann, Laura Preusker
FLZ-Team Christine Rensing-Grüter, Jessica Peters, Herbert Storn

Rechtsberatung Heide Krodel-Johne, Daniel Gnida, Thomas Sachs, montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.
Satz & Layout Karin Dienst, Christian Häussler
Druck ORD – Oberhessische Rollen-Druck GmbH
Auflage ca. 5000
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Redaktionsschluss Nr. 3-23: *siehe homepage*

Nachrichten aus dem

Erreichbarkeit des Gesamtpersonalrats Schule

Schon seit einiger Zeit ist die offizielle Mailadresse des Gesamtpersonalrats Schule Frankfurt GPRS.SSA. Frankfurt@kultus.hessen.de

Da die alte Adresse nicht mehr lange bestehen wird, sollte möglichst die neue benutzt werden.

Abordnungen Gymnasium an Grundschule – Verbesserung der Bedingungen

Durch den Lehrkräftemangel an Grundschulen werden viele Gymnasiallehrkräfte mit einem Teil ihrer Stunden an eine Grundschule abgeordnet. Hieraus ergeben sich viele konkrete Schwierigkeiten (beispielsweise Stundenplanabstimmung, Wegzeiten, Zahl der Konferenzen). Im Anschluss an die beiden Dienstversammlungen mit betroffenen Kolleg*innen und Schulleitungen, um diese praktischen Schwierigkeiten zu sammeln, wurde jetzt vom Staatlichen Schulamt eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Gesamtpersonalrats gegründet, die sich mit Lösungen und Erleichterungen im Schulalltag beschäftigt, wo dies möglich ist.

Erhebung der psychischen Belastungen und Arbeitsschutzausschuss

In Frankfurt müssen aufgrund der Dienstvereinbarung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz die Faktoren der psychischen Gefährdung alle fünf Jahre erhoben werden. Diese findet ihr unter <https://gew-frankfurt.de/themen/arbeits-und-gesundheitsschutz>. Diese Erhebung ist nicht nur aus offensichtlichen Gründen wichtig, sie ist auch eine gute Arbeits- und Diskussionsgrundlage, um strukturell und individuell krank machende Faktoren an der Schule zu erkennen und (einige davon) angehen zu können. Um die psychischen Belastungsfaktoren zu erheben, gibt es beim Medical Airport-Service ein Tool, welches in ganz Hessen so durchgeführt wird.

Aus unserer Sicht wäre es auch wichtig, die an Frankfurter Schulen bestehenden Belastungen, dort wo es möglich ist, sichtbar zu machen. Aus diesem Grund weisen wir auch im Arbeitsschutzausschuss, an dem auch Vertreter*innen des Medical Airport-Service teilnehmen, immer wieder darauf hin, dass zusammenfassende Querschnittsergebnisse (beispielsweise für Frankfurter Schulen) erstellt und betrachtet werden müssen.

Auch sollte das Angebot zur Abhilfe/Verbesserung der Situation an die Befunde angepasst werden. So sind individualisierende Entlastungsangebote für strukturell bedingte Stressoren (beispielsweise unklare/belastende Kommunikationsstrukturen) nicht geeignet. Deshalb müssen aus unserer Sicht auch vermehrt systemische Angebote für Schulen angeboten werden, die die Gesamtsituation an der Schule in den Blick nehmen und verbessern. Wir bleiben an dem Thema in den Gesamtpersonalrats- und Arbeitsschutzausschusssitzungen weiter dran!

Entgeltordnung für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte

Bisher ist die Zahl der gestellten Anträge auf Höhergruppierung noch deutlich niedriger als die Zahl der Anspruchsberechtigten. Insbesondere Kolleg*innen in der Entgeltgruppe 5 haben auf jeden Fall einen Anspruch auf Höhergruppierung, da es diese Gruppe nach der Entgeltordnung im Schulbereich nicht mehr gibt. Mitglieder können sich hierzu bei der GEW beraten lassen. Zwar ist die Beantragung bis zum 31.7.2023 (Eingang beim Staatlichen Schulamt) möglich, allerdings sollte man unserer Erfahrung nach nicht bis zum Schluss warten, da hier vermutlich viele Anträge auflaufen werden und dann auch eine Beratung aufgrund der knappen Zeit schwierig werden wird.

Entlastung für Abschlussprüfungen

Auch in diesem Jahr sind die Entlastungen, die Kolleg*innen für die Vorbereitung, Durchführung und Korrektur von Abschlussprüfungen erhalten, stark von den individuellen Gegebenheiten vor Ort abhängig und in der Regel nicht ausreichend. Es gibt einen neuen Erlass, der wieder keine allgemeinverbindliche Entlastungsregelung enthält, sondern nur Vorschläge, die an den Schulen umgesetzt werden können. Wir fordern weiterhin auf allen Ebenen für die strukturell angelegte Überlastung von Kolleg*innen in den Prüfungszeiträumen ein ausreichendes landesweit geltendes Entlastungsmodell, wie es beispielsweise in Niedersachsen gehandhabt wird. Dies zeigt ja, dass es sehr wohl möglich ist, solche Modelle zu entwickeln und umzusetzen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf den Abirechner der GEW Hessen aufmerksam machen, mit dem wir wie bereits im letzten Jahr die Belastungen sichtbar machen wollen. Ein ähnliches Erfassungsprogramm wird es dieses Jahr auch für die durch die Haupt- und Realschulprüfungen entstehenden Belastungen geben.

Beide werden auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de) veröffentlicht. Beteiligt euch daran, denn Ergebnisse, die durch eine hohe Beteiligung zustande kommen, unterstützen unsere Argumentation.

Dienstvereinbarung Teilzeit

Im April 2023 wurde zwischen dem Gesamtpersonalrat Schule und dem Staatlichen Schulamt eine Dienstvereinbarung Teilzeit abgeschlossen. Diese wurde an alle Schulleitungen verschickt und sollte allen Kolleg*innen „in geeigneter Form“ bekannt gemacht werden. Wie dies geschieht, ist also nicht genau definiert; wir halten es durchaus für sinnvoll, darüber im Rahmen einer Personalversammlung oder auch Gesamtkonferenz zu diskutieren. Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil manche Punkte der konkreten Ausgestaltung vor Ort bedürfen, entweder durch eine ergänzende schulische Dienstvereinbarung oder Beschlüsse der Gesamtkonferenz. Hier

Gesamtpersonalrat

darf alles, was nicht durch Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge oder die Dienstvereinbarung des Gesamtpersonalrats geregelt ist, genauer ausgestaltet bzw. nachjustiert werden.

Denn nicht alle Wünsche/Forderungen, die uns aus den Kollegien erreichten, waren durchsetzbar, aber das ist bei Dienstvereinbarungen – die ja beide Seiten nach einem Einigungsprozess unterzeichnen müssen – normal. Manchmal auch dadurch

bedingt, dass gar nicht zwischen allen Schulen und Schulformen Einigkeit über die Art der Forderungen herrscht und Formulierungen so allgemein gehalten werden müssen, dass sie noch für alle Schulformen Sinn machen.

Neu geregelt wurde in der Dienstvereinbarung Teilzeit unter anderem, dass vor Klassen- und Studienfahrten ein Gespräch darüber geführt werden muss, wie (nicht ob!) der Ausgleich für Teilzeitkräfte

stattfindet, und der PR und Gleichstellungsbeauftragte dabei einzubeziehen sind; es wird auf die familienfreundliche Variante möglicher hybrider Konferenzen hingewiesen, und Mehrarbeit soll bei familiär bedingter Teilzeit nur noch freiwillig erfolgen. Auch wurde der Gültigkeitsbereich noch genauer definiert, d. h. es wird noch einmal genau gefasst, welche Personen an Schulen konkret als Teilzeitbeschäftigte zu behandeln sind.

Die komplette Dienstvereinbarung findet man unter <https://gew-frankfurt.de/personalraete/gesamtpersonalrat>

Gerade vor dem Hintergrund der unsäglichen Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz vom Januar 2023, die eine Einschränkung der Genehmigung von Teilzeitanträgen von Lehrkräften empfohlen hat, bekommen wir

vermehrt Anfragen, ob Teilzeitanträge überhaupt noch genehmigt werden. Uns wurde zugesichert, dass es in Frankfurt keine Änderung in der Genehmigungspraxis von Teilzeitanträgen geben wird. Sollten Teilzeit- oder Sabbatjahrträge abgelehnt werden (was auch immer wieder vorkommt), so ist der Schulpersonalrat in der Beteiligung und kann diese Ablehnung seinerseits ablehnen. Wir beraten hierbei gerne.

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Probleme bei der Umsetzung der Erfassung elektronischer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) von TV-H-Beschäftigten in FLiS

Auf die Problematisierung des HPRS zur fehlenden Möglichkeit der notwendigen Einträge der Namen von kranken Kindern erklärt das HKM, dass dies derzeit bearbeitet werde; noch sei allerdings unklar, wann eine Lösung präsentiert werden könne. Die in SAP erfassten Kinder sollen als Auswahlfelder hinterlegt werden. Derzeit könne diese Information nur über das Anschreiben transportiert werden. Das HKM erklärt, die Arbeit bei den Personalsachbearbeitungen in den StSchÄ sei durch FLiS laut Rückmeldungen deutlich erhöht worden (!?!). Zusätzlich gebe es Belastungen durch hohe Krankenstände. Der Regelfall für die Eingabe in FLiS sei direkt oder wöchentlich. Hier gebe es absichtlich keine konkreteren Vorgaben.

Bezüglich der Übermittlung der eAU, die vom Arbeitgeber abzurufen ist, weist das HKM auf die FAQ-Liste hin. Hier müsse die Checkbox „Attest“ aktiviert werden, damit die Info an das StSchÄ gemeldet werde. Von der Personalsachbearbeitung werde die eAU dann von der Datenbank abgerufen. Es erfolge ein automatischer Abgleich über den Zeitraum der Krankschreibung. Was nicht übereinstimme, werde in einer „Sachbearbeiterliste“ aufgelistet. Ein allgemeines Informationsschreiben sei an alle gesetzlich krankenkassenversicherten Beschäftigten gegangen.

Zur Frage des HPRS, ob ein abgebrochener Arbeitstag weiterhin rechtswidrig als ganzer Krankheitstag gezählt werde, erklärt das HKM, dass die angedachte Praxis nicht rechtswidrig sei. Das Einpflegen in FLiS müsse von der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalls getrennt werden. Die FAQ-Liste sei nun dahingehend geändert worden, dass die Erfassung des „abgebrochenen“ Tages nicht mehr erfolge, es sei denn, die Person gehe unmittelbar zum Arzt und werde noch für den betreffenden Tag krankgeschrieben.

Lehramt in der Sekundarstufe I ab dem Schuljahr 2023/24

Ebenfalls in Analogie zum Grundschulbereich soll ein entsprechendes Unterstützungsangebot nun auch für den Bereich der Sek. I aufgelegt werden. Geplant sind 12 Online-Seminare pro Schulhalbjahr, mit je-

weils 20 Teilnehmenden, in denen Grundkenntnisse zu verschiedenen Themen vermittelt werden sollen (Bspw. Schulrecht, wertschätzende Gesprächsführung, soziales Lernen...). Es handelt sich ausdrücklich um ein „Unterstützungsangebot“ und nicht um eine „Fortbildung“. Mit dem Hinweis auf den § 5 der Verordnung zur Sicherstellung der verlässlichen Schulzeit wird klargestellt, dass sich das Angebot nicht auf die Erteilung von Unterricht bezieht. Der HPRS problematisiert die Tendenz der Deprofessionalisierung, die mit dem Auflegen solcher Angebote einhergeht und die den tatsächlichen Lehrkräftemangel verschleiern. Wenn TV-H-Kräfte aber zur Unterstützung an Schule seien, dann sollten sie auch die notwendigen Kenntnisse dafür erhalten.

Richtlinie zum baren und unbaren Zahlungsverkehr öffentlicher Schulen über Schulgirokonten (SGK-Richtlinie)

Das HKM sorgt mit dieser Richtlinie für eine Neustrukturierung der durch Schulen verwalteten Konten. Das sogenannte „Landesmittelkonto“ wird abgeschafft, was folgerichtig ist, da hierüber in der Vergangenheit die Feriencamp-Formate finanziert wurden, die seit 2020 allerdings über das Schulbudget abgewickelt werden (vgl. Abl. 08/22). Eine weitere Änderung betrifft die Einnahmen bei Schulveranstaltungen, Schulfesten oder ähnlichen Veranstaltungen: Hier dürfen nur noch nicht zweckgebundene „Spenden“ entgegengenommen werden, und keine „Einnahmen durch eine Gegenleistung“ erzielt werden („Preise“). Hintergrund hierfür ist eine Änderung der Rechtsgrundlagen zur Umsatzsteuer. Als Beispiel wird erläutert, dass auch kein konkreter Betrag für eine „Spende für ein Stück Kuchen“ benannt werden sollte, da dies sonst umsatzsteuerpflichtig werden könnte. Auch Fördervereine von Schulen seien von der Problematik der Veränderung der Regelungen zur Umsatzsteuer tangiert.

Quereinstieg in den Hessischen Schuldienst im Haupt- und Real schulbereich für Personen mit akkreditiertem Hochschulabschluss im Bereich Mathematik, Englisch, Physik, Chemie, Musik, Kunst oder Biologie (QuiSHR)

Um den bevorstehenden Lehrkräftemangel im HR-Bereich langfristig

abzumildern, legt das HKM eine entsprechende Maßnahme analog zur bestehenden Maßnahme im Grundschulbereich (QuiSGS) vor. Insgesamt umfasst die Qualifizierung sieben Schulhalbjahre; die Unterrichtsverpflichtung ist im Vergleich zu QuiSGS geringer. Als erstes Unterrichtsfach ist zu wählen aus den Fächern M, E (Hauptfächer), Phy, Ch, Mu, Ku (Mangelfächer) und Biologie (Zusatz, um Bewerberzahl zu erhöhen). Das zweite Fach ist AL oder M. Diese Beschränkung erfolgt laut HKM, um die Maßnahme kompakt und praktikabel zu halten. Der HPRS gibt zu bedenken, dass dies den Kreis der Interessierten möglicherweise verkleinere. Einstellungen sollen vom 1.9.2023 bis zum 1.2.2024 möglich sein. Diese Frist soll Interessierten Zeit geben, aus bestehenden Beschäftigungsver-

hältnissen geordnet auszuscheiden. Die ausbildende Schule erhält eine Pflichtstunde zusätzlich für Mentor*innen-Tätigkeiten. Der HPRS nimmt die Maßnahme zur Kenntnis.

Einstellungen von LiV

Die bisher vorliegenden Daten zum Einstellungsverfahren für LiV zum 1.5.2023 bestätigen den gravierenden Lehrkräftemangel: Die Gesamtzahl der Bewerbungen ist im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 29 Prozent gesunken. In Bezug auf die einzelnen Lehrämter ergaben sich folgende Veränderungen: Steigerungen bei der Grundschule (+10%) und bei der Förderschule (+15%); deutliche Rückgänge bei Haupt- und Realschule (-15%), beim Gymnasium (-20%) und bei den beruflichen Schulen (-45%).

Die endgültigen Zahlen werden noch nachgeliefert.

Probleme bei der Überleitung in den TV EGO-L-H

Dem HPRS sind mittlerweile eine ganze Reihe teils gravierender Probleme zugetragen worden. Diese reichen von schlichter Nichtbearbeitung, fehlenden Eingangsbestätigungen bis hin zu gänzlich falschen Informationen und dem Ausstellen von Verträgen mit falschen Inhalten zum Nachteil der Beschäftigten. Das HKM ist aufgrund von Urlauben und Krankheitsfällen vor den Osterferien hierzu nicht sprechfähig gewesen, was der HPRS mit Blick auf die langen Vorlaufzeiten des TV EHO-L-H scharf kritisiert hat.

GEW-Experte kritisiert: Neue Regeln fürs Abitur „sind nur Scheinobjektivierungen“

Stefan Edelmann erklärt, warum die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Hessen mehr statt weniger Flexibilität beim Abitur fordert. Und was wirklich nötig ist.

Herr Edelmann, ist es gerecht, wenn Schüler und Schülerinnen in Thüringen im Schnitt eine Abiturnote von 2,04 erreichen, in Schleswig-Holstein 2,42 und in Hessen eine 2,23? Die Frage nach der Gerechtigkeit ist sehr komplex. Darauf gibt es keine einfache Antwort. Wir können jedenfalls feststellen, dass die Durchschnittsnoten unterschiedlich sind, mehr nicht. – Warum das so ist, ist schwer zu sagen.

Man möchte auf Bundesländerebene die Noten vergleichbarer machen. Dazu haben die Kultusminister und -ministerinnen eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Was haben Sie dagegenezuwenden?

Ob durch die nun gefassten Beschlüsse zur Zahl der verbindlichen Grund- und Leistungskurse oder der Klausuren tatsächlich die Vergleichbarkeit erhöht wird, ist doch sehr zweifelhaft. Das ändert nichts an den sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen vor Ort. Es wird an der Normsetzung geschraubt, das sind nur Scheinobjektivierungen.

Halten Sie Vergleichbarkeit für nötig? Natürlich muss diese angestrebt werden. Da gehört aber viel mehr dazu, als zu vergleichen, wer welche Prüfungen oder Kurse wie abgeschlossen hat.

Sie fordern als GEW mit einigen anderen Akteuren in einer gerade veröffentlichten sogenannten Potsdamer Erklärung mehr Flexibilität in der Wahl der Oberstufenfächer. Wie passt das mit dem Anspruch zusammen, dass es gerecht zugehen soll, etwa bei der Vergabe von Studienplätzen, wo ja oft ein Numerus clausus gilt?

Die reine Setzung, dass alle ähnlich viele Kurse belegen und Klausuren schreiben müssen, erreicht auch keine Vergleichbarkeit. Die Potsdamer Erklärung ist eine Vision, die die Gedanken darauf lenken soll, wie das Abitur auch gestaltet werden könnte, nämlich mit viel mehr Möglichkeiten, seinen Begabungen und Interessen zu folgen, als dies jetzt in den Oberstufen möglich ist.

Soll es möglich sein, sich ganz auf Deutsch, Englisch und Spanisch zu konzentrieren, wenn man eben sprachbegabt ist, und Mathe und Physik dafür sein zu lassen? Das könnte das heißen.

Wir haben hier in Hessen vor einiger Zeit noch viel mehr Möglichkeiten zur Wahl der Leistungskurse gehabt. Heute können Sie nicht mehr Deutsch und Geschichte oder Deutsch und das Fach Politik und Wirtschaft wählen, obwohl das doch sinnvoll wäre. Und wer mit Sprachen nichts anfangen kann, muss da trotzdem mitunter mit einem Riesenaufwand arbeiten, um wenigstens einen Punkt zu bekommen, damit der Kurs als belegt zählt. Obwohl er oder sie in Mathe und Physik ein Talent ist.

Das ist doch eine grauenhafte Verschwendung von Lebens- und Arbeitszeit. Das kann man doch niemandem erklären.

Aus der Frankfurter Rundschau vom 31. März 2023 (von Peter Hanack)



Stefan Edelmann (50) leitet das Referat Schule bei der GEW.

Kritik – mehr denn je gefragt...

Am 29.9.2022 trug Dr. Andreas Hellgermann unter dem Titel „kompetent.flexibel.angepasst“ in Frankfurt (6. Veranstaltung der AG „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“ der GEW Frankfurt) seine Gedanken zur Kritik neoliberaler Bildung vor.

Er bemängelte, der digitale Selbstunternehmer habe sich als europäisches Bildungsideal durchgesetzt. Dieser brauche keine Kritik; seine Vernunft, auf die auch künftig nicht verzichtet werden könne, sei aber pragmatisch und instrumentell. Hellgermann hält dies für einen fatalen Irrtum. Bildung verlange eine über das Instrumentelle hinausgehende Vernunft. Um die Krisen der Gegenwart und Zukunft bewältigen zu können, sei vielmehr eine kritische Vernunft unverzichtbar. Sie müsse auch und gerade in Zeiten wie diesen, die global alles oder zumindest vieles grundlegend auf den Kopf stellen, als Bildungsherausforderung begriffen werden.¹

Hellgermann beruft sich u. a. auf eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu den Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen, in denen die Fähigkeiten eines Individuums, seine Ideen, seine Kreativität, seine Risikobereitschaft, seine Planungsfähigkeiten, sein vorausschauendes Vorgehen, seine Motivation, seine ökonomischen Kompetenzen, seine Entschlossenheit, seine Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und Stärken etc. der Bewältigung des täglichen Lebens nicht nur im privaten und gesellschaftlichen Umfeld, sondern zuvörderst auch der Gestaltung des Arbeitsumfeldes im unternehmerischen Sinne dienen.²

Dem liegt ein ökonomischer Ansatz zugrunde, der Menschen als humanen Rohstoff auf ihren Erfolg am Arbeitsplatz für das jeweilige Unternehmen reduziert, sie auf diese Weise zu Humankapital degradiert und damit eines Großteils ihres Menschseins beraubt. Sie sollen kompetent sein, das heißt, Probleme jeder Art lösen können, immer bereit, sich selbst zu optimieren, und ihre Kompetenzen der Problemlösung stetig weiterentwickeln. Sie sollen flexibel sein, formbar, was nichts anderes meint, als sich jederzeit ohne Widerstand den jeweiligen (unternehmerischen) Bedürfnissen anzupassen. Und um, ohne aufzufallen, quasi unsichtbar ohne eigene Bedürfnisse auszuformen und ohne Probleme zu verursachen, möglichst erfolgreich durchs (Berufs-) Leben zu kommen.

Flexibilität, an sich ein durchaus erstrebenswertes Ziel, das m. E. objektiv den toleranten und eman-

zipierten persönlichen Umgang mit veränderten Wirklichkeiten meint, einen Prozess, dem Problemlösung immanent ist, wird hier herabgewürdigt und heißt nichts anderes als Anpassung. Ein Widerspruch an sich. Das Prinzip der Anpassung wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Zu lebenslangem Lernen verdammt, zur Herrschaft über den Augenblick, um den Forderungen souverän zu entsprechen, die andere stellen, nicht unbedingt das Leben. Bei Paulo Freire heißt es in diesem Zusammenhang, die neoliberale pragmatische Einstellung sei „... in aggressiver Weise darauf aus, einen Bruch zwischen einem selbst und seiner Welt zu bewirken, indem man eine tiefgehende Verbindung zwischen einem selbst und dem Markt geltend macht. In anderen Worten, der Fokus in der neoliberalen Welt ist darauf gerichtet, wie man ein kompetenter Verbraucher wird, wie man ein kompetenter Verteiler von Wissen wird, ohne irgendwelche ethischen Fragen zu stellen.“³

Die damit einhergehende Entkoppelung von der wirklichen Welt verläuft nicht ohne Selbstaufgabe. Kurse für Resilienz, Work-Life-Balance oder Self-Management sollen aus dem Ruder gelaufenen Arbeitnehmern ins System zurückhelfen. Sie machen glauben, das Versagen im System liege nicht am System, sondern am Betroffenen selbst, dem der Anpassungsprozess misslungen sei. Doppelte Schmach. Unterstützt wird dieser „kompetente Anpassungsprozess“ durch die neuen Technologien, mit Hilfe der Digitalisierung und der Computerindustrie also, die das Ziel verfolgen,

„[es] findet eine Reduktion auf das Hin- und Herspringen zwischen unterschiedlichen Aufgabenformen und deren Abarbeiten statt; der Lerninhalt selbst tritt auf diese Weise oftmals in den Hintergrund, der Schüler und die Lehrkraft ebenso. Vorbereitung auf ein Leben in den Diensten des Marktes.“

das lebenslange Lernen fortwährend zu „optimieren“. Dies erzeugt einen völlig unnötigen und vor allem falsch verstandenen Leistungsdruck, der zur „Verschuldung“ des Einzelnen gegenüber dem Unternehmen führen kann. Der Mitarbeiter empfindet sich zunehmend als defizitär und damit nicht in der Lage, die an ihn gestellten Erwartungen zu erfüllen. So hetzt er, nicht mehr von außen, sondern von innen getrieben, seinen eigenen Fähigkeiten und Zielen immer hinterher, ohne jemals anzukommen, und hält sich dabei perfiderweise quasi selbst die Karotte vor die Nase.

Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht

Auch in die Schulen haben die o. g. Prinzipien und Technologien nicht erst seit gestern Eingang gefunden und bieten einen perfekten Nährboden für das Ziel der Anpassung. Selbst in Grundschulen, zum Teil sogar im Kindergarten, sollen junge Menschen mit und an Computern lernen, mit eigens für sie erstellten Computerlernprogrammen. Und Schulen kaufen diese Programme. Die Lehrerschaft wurde damit zu Einkäufern (schlechter, aber teurer Ware, s. u.) gemacht. Um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben und „vergleichbar“ zu werden. Um das Schulprogramm zu erweitern, den Entwicklungen anzupassen, auf diese Weise messbar, überprüfbar und auch als Druckmittel verwendbar zu machen.

Doch die Vergleichbarkeit trägt. Daran können auch um der Wettbewerbsfähigkeit willen ins Schulprogramm aufgenommene Projekte oder Maßnahmen wenig ändern. Das schulische Leben hängt von weiteren Faktoren ab, von den Mitgliedern des Kollegiums, das sich heute nicht nur multiprofessionell, sondern aufgrund des eklatanten Lehrermangels als Folge einer verfehlten Bildungspolitik auch aus weniger bis gar nicht pädagogisch ausgebildeten Seiteneinsteigern zusammensetzt (es soll bereits Schulen geben, an denen der Anteil der Seiteneinsteiger höher ist als der der ausgebildeten Lehrkräfte⁴), den Schülerinnen und Schülern, ihrer sozialen, nationalen, religiösen Herkunft, der Elternschaft, dem Einzugsgebiet, den räumlichen Möglichkeiten in Schulgebäude und Umgebung und nicht zuletzt auch von der Schulleitung. All dies spielt eine entscheidende Rolle in diesem Gefüge und darf nicht unberücksichtigt bleiben.

Durch die Anfang der 2000er Jahre von der OECD, Organisation for Economic Co-operation and Development, also weder von Seiten

der Kultusministerkonferenz noch einer pädagogischen Wissenschaftseinrichtung beauftragten PISA-Tests, VERA und all den anderen Vergleichsgeschichten spätestens, hat der neoliberale Bildungsgedanke ganz offiziell Einzug in unser Bildungssystem gehalten und begonnen, die staatliche Bildung zu digitalisieren, zu kontrollieren, zu instrumentalisieren und zu manipulieren. Gründe wären z. B. die schlechten Leistungen deutscher Schüler im internationalen Vergleich, aber eben auch die Globalisierung und damit die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem internationalen Markt. Die gymnasiale Schulzeit wurde in diesem Zuge den europäischen Nachbarn angepasst und verkürzt, ohne die unterschiedlichen Bildungssysteme grundsätzlich miteinander zu vergleichen und Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Später wurde hier dann ein – wenn auch halbherziger – Rückzieher gemacht und Schulen konnten zu G9 zurückkehren.

Auch direkt und unmittelbar vor Ort zeigte sich Wirkung. Unterrichtszeit und Manpower wurden für die Durchführung der Tests und deren Auswertung zweckentfremdet und so missbraucht. Mit Folgen für die Kinder, auf deren Rücken die oben erwähnte Testerei durchgeführt wurde und weiterhin wird. Gerade in der Grundschule erleben die Schülerinnen und Schüler diese zusätzlich zu den Klassenarbeiten von oben aufgedrückten Prüfungssituationen als sehr belastend. Vielfach werden innerhalb eines Lernbereiches wiederholt Inhalte abgefragt, die beispielsweise aufgrund schulinterner Absprachen noch nicht behandelt wurden. Zudem ist die Bearbeitungsdauer der Aufgaben begrenzt. So erleben sich Kinder bereits in einem frühen Alter als defizitär (s. o.). Der erwartete Effekt, der der signifikanten Verbesserung der Leistungen, blieb obendrein aus, wenn man den jährlichen Veröffentlichungen dazu Glauben schenken darf. Das Gras wird nun mal nicht länger, wenn man daran zieht.

Bildung marktförmig

Innerhalb dieses Szenarios findet nicht nur ausschließlich eine reine Abfrage derartiger überprüfbarer Lernziele statt, sondern auch und gerade eine Veränderung schulischer Inhalte und ihrer Bewertung „von außen“. Wichtige ethische oder moralische Zielsetzungen des Bildungsprozesses wie beispielsweise die Wissensbildung, die Entwicklung selbstständigen Denkens oder das kritische Hinterfragen von Zusammenhängen fallen auf diese Weise komplett aus der Bewertung von Schülerleistungen heraus, weil



sie so nicht messbar sind. Die auf diese Weise erworbenen Ergebnisse genügen jedoch, um – anstelle von staatlicher Seite – von privaten Anbietern ausgehend, von der Wirtschaft also, einen „Bildungsmarkt“ zu schaffen und zu etablieren, um mit Bildung Handel treiben zu können und Lehrkräfte wie Schüler zu Kunden schlechter Ware zu machen sowie Schule und Bildung auf diesem Wege grundlegend nach ökonomischen Grundsätzen zu verändern.⁵ Unzählige Fortbildungen für die Lehrkräfte und die Entwicklung schulinterner Konzepte schlossen sich an, die oftmals ebenfalls Eingang in die bereits eingangs erwähnten Schulprogramme fanden. Zeit und Raum zur internen Reflexion blieben kaum. Trotz verordneter regelmäßiger Evaluation, über die oftmals „nach oben“ Rechenschaft abgegeben werden muss. So wurden – auch befeuert durch ein chronisch unterfinanziertes Bildungssystem – über die Lehreraus- und -fortbildung Inhalte aus rein wirtschaftlichen Interessen fest in Schule und Bildung implementiert.

Auch Begriffsfindungen wie „Bildungsstandards“ oder „Kompetenzen“, anstelle von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnissen beispielsweise, sowie das in diesem Zusammenhang geforderte stetige Methodentraining, z. B. nach Klippert, müssen kritisch bewertet werden.⁶ Nicht das Lernen wird gelernt, nicht das Aneignen von Wissen, nicht das Entdecken von Talenten oder Begabungen, nicht die Entwicklung sozialer und gesellschaftlicher Fähigkeiten, nicht Bildung also. Stattdessen findet eine Reduktion auf das Hin- und Herspringen zwischen unterschiedlichen Aufgabenformen und deren Abarbeiten statt; der Lerninhalt selbst tritt auf diese Weise oftmals in den Hintergrund, der Schüler und die Lehrkraft ebenso. Vorbereitung auf ein Leben in den Diensten des Marktes.

In der Lehreraus- und -fortbildung sind neoliberale Prinzipien also längst angekommen. Gerade engagierte Lehrkräfte tapen oftmals in die ausgelegten Fallen; sie bilden sich gerne fort und möchten ihren Unterricht innovativ gestalten. Sie werden auf diesem Wege selbst ebenso instrumentalisiert wie manipuliert, um den auszubeutenden humanen Rohstoff entsprechend zu konditionieren. Vorwürfe, man ginge nicht mit der Zeit, man gehöre zu den ewig Gestrigen etc. diskreditieren die eigene kritische Vernunft.

Besonders oder gerade in Zeiten von Corona wurden viele der weiter oben bereits angesprochenen Lernprogramme angeschafft. Für das Homeschooling. Aber auch wegen des Lehrermangels. Anstelle des Schreibens von Buchstaben, Wör-

tern, Texten beispielsweise werden dort, von den Klassenkameraden wie der Lehrkraft isoliert, Buttons gedrückt, im Multiple-Choice-Verfahren, oder Lückentexte mit einzelnen Wörtern gefüllt. Bei erfolgreichem Arbeiten können bei einigen Programmen „Coins“, Münzen, gesammelt und auf diese Weise Belohnungen eingehemt werden. Ohne zu hinterfragen, ob ein solches Belohnungssystem pädagogisch sinnvoll ist. Ökonomisch gesehen, ist es das wohl. Der Preis, der materielle Gewinn, erhält mehr Bedeutung als das dafür Vollbrachte.

Lehrkraft oder Lernbegleiter? – Das ist hier die Frage!

Die Lehrkraft wird in einem solchen Prozess nicht mehr benötigt. Weder bei der Bereitstellung, der Durchführung noch der Kontrolle der Aufgaben. Auch nicht für das Feedback. Reduktion auf die Interaktion zwischen Mensch und Maschine. Wo bleibt der ganzheitliche Gedanke? Lernen mit Hirn, Herz und Hand, Reihenfolge beliebig. Lernen funktioniert über verschiedene Sinne und ist alles andere als eindimensional. Je größer der Förderbedarf auf Seiten der Lernenden, umso bedeutsamer wird dies. Hier ist die Lehrkraft gefragt, nicht digitale Lernprogramme, die gerade für Förderkinder oftmals eine Reizüberflutung darstellen können. Schnelle Bildfolgen, lustige Männchen, bunte Farben, Geräusche, Musik „untermalen“ die Aufgabenstellung und lenken vom Lernen ab. Was über digitale Lernprogramme aber mit Sicherheit gelehrt wird, ist das schiere Abarbeiten von Aufgaben, ohne aktiven Einfluss auf deren Abfolge, auf deren Ab- bzw. Herleitung. Die Sinnhaftigkeit, ebenso die Selbstwirksamkeit dieser Aufgaben kann nicht hinterfragt, die Notwendigkeit nicht geklärt werden. Ein Dialog findet nicht statt. Der Schüler ist mit dem Programm allein gelassen.

Bildung ist, als Teil von Erziehung, nur in Beziehungen zu erreichen. Vereinzeln innerhalb des Lernprozesses ist nicht mit individualisiertem Lernen gleichzusetzen. Das ist ein folgenreicher Irrtum. Soll Bildung denn nicht gerade die Vereinzeln durchbrechen? Um sich über die Auseinandersetzung mit anderen an Wissen, an (Er)kenntnissen zu bereichern und seine Gedankenwelt zu erweitern, sich zu emanzipieren, sich zu verwirklichen, seine Begabungen und Talente zu entdecken, Empathie und Solidarität zu entwickeln (auch, um der eingangs erwähnten „Verschuldung“ entgegenzuwirken), und sich darüber in Bezug zum großen Ganzen zu setzen? Bildung ist Dialog. Oh-



... Mangelverwaltung ... Und nicht nur das ...

ne dies wird Bildung behindert, zumindest aber ebenso weitreichend wie tiefgehend eingeschränkt und verflacht. Die neoliberale Bildungsidee untergräbt und entwertet die grundlegende Rolle, die die Lehrkraft oder die Mitschüler in diesem Gefüge spielen. Wortneuschöpfungen wie „Lernbegleiter“ für Lehrer manifestieren dies. Sprache schafft Realitäten. Vorsicht ist geboten.

Schaut man den Lese- und Schreiblernprozess von Grundschulern genauer an, innerhalb dessen grundlegende Fähigkeiten erworben werden, die Bildung vielleicht überhaupt erst möglich machen, wird vieles klarer. Lesen und schreiben können ist ein Meilenstein der kindlichen Entwicklung. Die haptischen Erfahrungen des Hinterlassens einer Spur auf der Tafel, auf dem Papier, im Sand, der damit verbundenen Druck des Schreibwerkzeuges, des Fingers, des Stöckchens, des Stiftes oder der Kreide, der unmittelbare Zusammenhang zwischen Tun und Ergebnis, zwischen Laut und Buchstabe, das entscheidende kommunikative Moment dahinter, die Spuren, die diese Prozesse im Gehirn hinterlassen, sind grundlegende Lernerfahrungen, die weitere erst möglich machen. So verhält es sich auch beim Rechnen. Kastanien und Erbsen zählen, Steine und Sandkörner miteinander vergleichen, ordnen, kategorisieren, alles in der Hand zu halten, zu fühlen, Mengen zu erfassen: 10 ist und bleibt gleich 10, egal ob groß oder klein, dick oder dünn, weich oder hart, einfarbig oder bunt, nass oder trocken. Dies sind Primärerfahrungen, ohne die sich weiterführende mathematische Kenntnisse nicht aufbauen lassen.

Anders zeigt sich dies bei digitalen Lernprogrammen. Mengen in einer virtuellen Welt am Bildschirm zählen und per Mouse Click hin und herschieben, Buchstaben oder Zahlen tippen kann da nicht mithalten. Im Gegenteil. Kinder – mit Vorsatz – daran zu hindern, nach dem Erwerb der Schriftsprache mit einem

Stift in der Hand Gedanken, wirkliche, eigene Gedanken aufzuschreiben, festzuhalten, zu verwerfen, durchzustreichen, neu zu denken, um stattdessen mit dem Zeigefinger eine Taste zu drücken, ist genauso, als würde man ein Kleinkind, das eben laufen gelernt hat, gleich im Anschluss daran in einen Rollstuhl setzen und die weitere Übung, den Automatisierungsprozess in dieser Fähigkeit, damit unterbinden. Diese Art des Lernens aber ist eine praktische Vorbereitung: flexibel und angepasst ins (Arbeits)Leben. Der Homo Oeconomicus lässt grüßen. Wir, die Fachleute, haben uns die Bildungshoheit aus der Hand nehmen lassen. Bildung hat ihre Autonomie verloren⁷; sie wird von außen gesteuert.

Schöne neue Welt?

Kristina Sinemus (CDU), Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, möchte Hessen, und hier besonders das Rhein-Main-Gebiet, zum Silicon Valley Europas machen.⁸ Im Jahr 2022 wurde an zwölf hessischen Schulen das Schulfach „Digitale Welt“ eingeführt, dessen Ziel es ist, „...Schulen in die Lage zu versetzen, alle Schülerinnen und Schüler an die digitale Welt heranzuführen und sie vollumfänglich auf das Arbeitsleben vorzubereiten.“⁹ Die wöchentliche Stunden-tafel werde dafür nicht erhöht. Das bedeutet konkret, dass an anderer Stelle Stunden eingespart würden, um dieses Fach zu etablieren¹⁰. Im Hessischen Schulgesetz ist festgehalten: „Die Schule ist zur Wohlfahrt der Schülerinnen und Schüler und zum Schutz ihrer seelischen und körperlichen Unversehrtheit, geistigen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit verpflichtet. Darauf ist bei der Gestaltung des Schul- und Unterrichtswesens Rücksicht zu nehmen.“¹¹ Stattdessen wird hier dazu beigetragen, Denkmuster zu verfestigen, die das zukünftige Verhalten der Schülerinnen und Schüler nachhaltig beeinflussen und ein

Wir, die Fachleute, haben uns die Bildungshoheit aus der Hand nehmen lassen. Bildung hat ihre Autonomie verloren; sie wird von außen gesteuert.



Copyright: iStockphoto.com

bestimmtes, eingeschränktes, ein ökonomisiertes Bild vom Leben, von der Gesellschaft, der Natur zeichnen. Dem muss Bildung widersprechen.

Nichtsdestotrotz sind die neuen Technologien, die Digitalisierung und die damit verbundenen Veränderungen bis hin zur Künstlichen Intelligenz, Chatbots etc., mit all den Chancen und Gefahren, die sie bergen, unsere Gegenwart und Zukunft. Mittlerweile hegen selbst IT-Experten Bedenken hinsichtlich der Weiterentwicklung „gefährlicher KI“, denn sie fürchten nicht nur Folgen für die Gesellschaft, sondern gar einen Kontrollverlust¹². Auch und gerade darum haben besagte Technologien unzweifelhaft ihren Platz in Schule und Bildung. Auf einer anderen Ebene jedoch. Denn immer muss dabei klar sein: Die Maschine muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Ohne Autokraten und Demokratiefreunden in die Hände zu spielen oder im Interesse gewissenloser Unternehmer Märkte zu manipulieren. Sie können ein brauchbares („Hilfs-“) Instrument bezüglich der Bildung, des Lernens werden und die Aneignung von Fähigkeiten und Wissen unterstützen, wenn man gelernt hat, unabhängig zu entscheiden, wann, wo, wofür und wie man sie einsetzt und eben genug kritische Vernunft besitzt, um den Schaden, den sie anrichten können, abzuschätzen. Überlassen wir unsere kritische Vernunft unreflektiert den Anbietern der neuen Technologien, kehren wir aktiv in die Unmündigkeit zurück.

Eigenständig, frei und im besten Sinne flexibel. Aber eben kein bisschen „angepasst“

Natürlich braucht auch Deutschland ausgebildete Fachkräfte für den IT-Bereich, aber eben mit einem entsprechenden Studium – im Anschluss an eine erfolgreich absolvierte Schullaufbahn, die die Heranwachsenden möglichst breit gefächert aufgestellt haben sollte. Für Lehrkräfte gilt dies ebenso. Auch sie müssen breit gefächert aufgestellt sein und in der Lage, über den Tellerrand hinauszublicken. Denn sie vermitteln nicht nur Wissen. Sie müssen sich ihrer persönlichkeitsbildenden und gesellschaftswirksamen Aufgabe und der damit verbundenen übergreifenden Dimension sehr bewusst sein und ihre Wächterfunktion wahrnehmen, auch und gerade bereits bei jungen und sehr jungen Lernenden. „Lernbegleiter“, in ihrer Funktion beschnitten, können dies nicht leisten. Erschwerend kommt hinzu, dass viele derer, die heute ein Lehramtsstudium beginnen, bereits selbst ein neoliberal unterwandertes Schulsystem durchlaufen haben.

Die Lehrkraft wird hier im besten Sinne auch und gerade als Politiker, zumindest aber als politisch wirksames Mitglied der Gesellschaft beansprucht. Bildung darf nicht ausschließlich Mittel sein, den Wettkampf auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, bessere Positionen oder höhere Gehälter zu erlangen.¹³ Bildung muss auch Grundlage sein für

ein sogenanntes „Bürgerwissen“ und zu einem Verständnis für sich selbst, den anderen, für die Gesellschaft, für Kultur und Tradition beitragen. Um anstehende wie zukünftige Probleme lösen zu können. Auch der musische, kreative, kulturelle Lernbereich darf davon nicht abgekoppelt oder durch „Wichtigeres“ ersetzt werden. Für den Erhalt der physischen wie psychischen Gesundheit, im Interesse des Individuums ebenso wie dem der Gesellschaft. Aber vor allem auch für eine funktionierende lebendige, offene Demokratie. Und spätestens diese muss in Gemeinschaft, in emanzipierten, unabhängigen, solidarischen, vor allem echten Beziehungen gelebt werden. Eigenständig, frei und im besten Sinne flexibel. Aber eben kein bisschen „angepasst“.

Eva M. Wehrheim

Eva M. Wehrheim Grundschullehrerin i. R. und Mutter von drei Kindern, ist seit zehn Jahren Mitglied der AG „Gegen die Ökonomisierung der Bildung“ der GEW Hessen/Frankfurt. In der aktuellen Zusammensetzung (Dr. Gabriele Frenzel, Maria Heydari, Günter Köhler, Thomas Sachs, René Scheppeler, Herbert Storn, Eva M. Wehrheim) haben die Mitglieder der AG bereits sechs u. a. auch ganztägige Fortbildungsveranstaltungen organisiert. Zu Gast waren beispielsweise Prof. Thilo Naumann, der freie Journalist Matthias Holland-Letz, Dr. Stefan Siemens, Prof. Tim Engartner, Dr. Ralph Lankau, Prof. Jochen Krautz und zuletzt Dr. Andreas Hellgermann. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Informationen zur Arbeit der AG finden sich auch hier: <https://web.archive.org/web/20220707044419/https://gew-hessen.de/aktuell/themen/arbeitsgruppe-gegen-die-oekonomisierung-der-bildung/wege-aus-der-entdemokratisierungsfalle-2020>

Andreas Hellgermann (1960), Dr. theol., ist Lehrer an einem Berufskolleg in Münster mit den Fächern Deutsch und katholische Religionslehre sowie Mitarbeiter im Arbeitskreis Religionslehrer_innen im Institut für Theologie und Politik in Münster mit den Arbeitsschwerpunkten neoliberale Bildung, instrumentelle Vernunft, befreiende Pädagogik (Paulo Freire). Letzte Veröffentlichungen: kompetent, flexibel, angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung (2018) und zusammen mit dem AK Religionslehrer_innen im ITP: Künstliche Intelligenz oder kritische Vernunft. Wie Denken und Lernen durch die Digitalisierung grundlegend verändert werden (2020); Aufsätze zu Klima, Bildung, Digitalisierung, instrumentelle Vernunft. 23.455

Freiheit für die inhaftierten

Gewerkschafter*innen im Iran!

20 führende Mitglieder der Lehrgewerkschaft in Teheran kurz vor dem 1. Mai 2023 neuerdings verhaftet

Am 1. Mai erreichte uns kurz vor der DGB-Kundgebung auf dem Römerberg folgende Botschaft der Gewerkschaften und unabhängigen Zivilorganisationen im Iran:

„Wir feiern den Tag der Lehrer und den Internationalen Tag der Arbeit dieses Jahr gleichzeitig, während sich die Arbeiter, Lehrer, Frauen, (...) unterdrückten Nationen, Studenten, Rentner und die unterdrückten Massen des iranischen Volkes in einer historischen und beunruhigenden Konfrontation mit dem herrschenden menschenfeindlichen System befinden. Trotz der blutigen Repression, die die Regierung in den letzten acht Monaten durchgeführt hat, ist die revolutionäre Bewegung des iranischen Volkes immer noch lebendig und dynamisch (...) in jeder Sprache, auf der Straße und am Arbeitsplatz (...)“

Diese Botschaft (hier nur Auszüge) wurde uns von Esmail Abdi aus dem Kechui-Gefängnis übermittelt. Wir erfuhren, dass erneut eine Reihe von Aktivisten (rund 20) der Lehrgewerkschaft in Teheran kurz vor dem 1. Mai verhaftet wurden.

Esmail Abdi schrieb weiter: „Die Bürger des Landes Iran fordern nur ihre natürlichen und rechtlichen Forderungen (...) Gerichtsurteile und Repressionen werden die Menschen nicht davon abhalten, ihre Rechte einzufordern. Die Missachtung der Forderungen nach dem Lebensunterhalt und des Freiheitsprinzips (...) werden nicht zum Rückzug der Aktivisten führen, sondern zur sozialen, öffentlichen Rebellion...“

An dieser Stelle erinnern wir an die Stellungnahme des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaft anlässlich des internationalen Solidaritätstages mit der iranischen Demokratie und Arbeiter*innenbewegung am 8. Februar 2023.

Dort heißt es: „Esmail Abdi, Lehrer und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Lehrgewerkschaft des Irans, sitzt seit dem 9. November 2016 im Gefängnis. Er wurde am 27. Juli 2015 von Sicherheitskräften der Revolutionsgarden festgenommen und nach 10 Monaten Untersuchungshaft vom Revolutionsgericht in Teheran zu sechs Jahren Haft verurteilt. Obwohl seine Haft im März 2020 beendet war und er hätte freikommen müssen, hat das Gericht einen älteren Fall aus dem Jahr 2011 zum Anlass genommen, ihn zu weiteren zehn Jahren Haft zu verurteilen. Er sitzt deshalb weiterhin unrechtmäßig im Kachui-Gefängnis in Karaj nahe Teheran.“

Wir laden dazu ein, sich an der Verstärkung der gewerkschaftlichen Solidaritätsarbeit zu beteiligen. Dafür haben sich iranische Kolleg*innen im Exil und Kolleg*innen des Arbeitskreis Internationales der GEW Hessen in der „Gewerkschaftliche Initiative (Rhein/Main) für freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisation im Iran (GIBO-Iran)“ zusammengefunden.

Unser nächstes Treffen findet am 30. Mai, um 17 Uhr in der Landesgeschäftsstelle der GEW-Hessen, Zimmerweg 12 in Frankfurt statt.

Lothar Ott/ Heiner Becker

1 s. FLZ 1/23

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006H0962&from=EN>, Zugriff am 24.01.2023

3 Freire, Paulo: Bildung und Hoffnung, Münster/New York/München/Berlin, 2007, Hg. Peter Schreiner u. a. S. 136

4 DIE ZEIT 26. Januar 2023, Martin Spiewak: Die Schule brennt, S. 1

5 Vgl. z. B. https://www.igmetall.de/download/0168962_wirtschaft_in_der_schule_e7e88e1de4cb36be74fbc8f98250c5c0a202a681.pdf, Zugriff am 29.03.2023

6 Vgl. z. B. <https://www.uni-frankfurt.de/52950837/klippert.pdf>, S. 79 ff., Zugriff am 22.01.2023

7 siehe Hellgermann, Andreas: kompetent, flexibel, angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung, 2018, S. 36

8 vgl. z. B. <https://www.hessenschau.de/wirtschaft/hessen> vom 23.01.2023, 16:14 Uhr

9 <https://kultusministerium.hessen.de/presse/hessen-startet-neues-schul-fach-digitale-welt#:~:text=Unser%20gemeinsames%20Ziel%20ist%20es,vollumf%3%A4nglich%20auf%20das%20Arbeitsleben%20vorzubereiten>, Zugriff am 22.01.2023

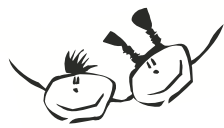
10 <https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/hessen-bekommt-ein-neues-schul-fach-91660696.html>

11 Hessisches Schulgesetz in der Fassung vom 1. August 2017, Erster Teil: Recht auf schulische Bildung und Auftrag der Schule, Grundsätze der Verwirklichung, § 3, 9

12 https://www.t-online.de/digital/aktuelles/id_100152200/elon-musk-will-gefahrlche-ki-entwicklung-stoppen.html

13 vgl. Heisterhagen, Nils: Demokratie braucht Allgemeinbildung, FR, 22.01.2017





Tarifeinigung für den Öffentlichen Dienst

Bund und Kommunen

In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst hat es eine der Schlichtungsempfehlung folgende Tarifeinigung gegeben. Diese Einigung steht unter Gremienvorbehalt, d.h. sowohl die Arbeitgeberseite als auch die Gewerkschaften müssen dem Ergebnis noch endgültig zustimmen. Die Frist hierfür endet am 17. Mai.

Der Abschluss umfasst eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von insgesamt 3 000 Euro. Diese Inflationsausgleichszahlung erfolgt ohne Abzüge von Steuern oder Sozialabgaben, also netto wie brutto. Zum 1. März 2024 sieht die Tarifeinigung dann eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro plus 5,5 Prozent (mindestens aber von 340 Euro) vor. Die Euro-Angaben beziehen sich auf eine Vollzeitstelle, Teilzeitbeschäftigte erhalten sie anteilig.

Das Tarifergebnis im Überblick

- Juni 2023: Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 1.240 Euro;
- Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024: monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro;
- Ab dem 1. März 2024 werden die Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und anschließend 5,5 Prozent erhöht;

■ Es gilt ein Mindestbetrag von 340 Euro, d.h. wenn in der Summe Sockel und 5,5 Prozent dieser Betrag nicht erreicht wird, werden die Tabellenentgelte stattdessen um 340 Euro erhöht;

■ Azubis und Praktikant*innen erhalten im Juni 2023 eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 620 Euro, die monatliche Sonderzahlung von Juli 2023 bis Februar 2024 von 110 Euro sowie ab dem 1. März 2024 eine Gehaltssteigerung von 150 Euro monatlich;

■ Die Übernahmeregeln für Auszubildende werden verlängert;

■ Die Laufzeit des Abschlusses beträgt 24 Monate vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024.

Die Bundesinnenministerin hat bereits angekündigt, im Bundestag zu beantragen, das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes zu übertragen.

Sekt oder Selters?

Zum Redaktionsschluss dieser FLZ (Ende April) ist die Erklärungsfrist



Warnstreik am 22. März 2023 in Frankfurt am Main

noch nicht abgelaufen und die von den GEW-Landesverbänden organisierten Mitgliederdiskussionen zur Tarifeinigung stehen noch bevor. Nichtsdestotrotz soll an dieser Stelle eine erste Einschätzung dieser Tarifeinigung vorgenommen werden.

Die Bundestarifkommissionen der Gewerkschaften haben das Erreichte als überwiegend positiv bewertet, der Autor dieses Artikels schließt sich dieser Einschätzung an. Die Tarifeinigung beinhaltet sicherlich einige Kröten, die gewerkschaftsseitig zu schlucken sind: dazu gehören die Einmalzahlungen, in deren Folge die tabellenwirksamen Entgelterhöhungen erst später einsetzen. Dazu gehört die längere Laufzeit von 24 Monaten, denn gefordert waren 12 Monate. Die 340 Euro Mindesthöhung ab März 2024 unterschreitet deutlich die ursprüngliche gewerkschaftliche Mindestforderung von 500 Euro.

Andererseits aber führt die prozentuale Tabellenentgelterhöhung ab März 2024 zu bemerkenswerten Zuwächsen. Für die in der GEW organisierten Kolleg:innen aus Kitas und Sozialer Arbeit beläuft sich

die durchschnittliche Steigerung auf mehr als 10 % (je nach Berufsgruppe und Berufserfahrung gibt es da Unterschiede, nirgendwo aber werden diese 10 % unterschritten). Für zahlreiche Kolleg:innen des öffentlichen Dienstes, die unterhalb des SuE-Niveaus entlohnt werden, fallen die Erhöhungen aufgrund der vereinbarten Mindesthöhung von 340 Euro noch gravierender aus. Darüber hinaus verleiht die Tarifierung der abgabefreien Inflationsausgleichszahlung den vereinbarten Einmalzahlungen einen besonderen Charakter: Sie sind mehr wert als übliche Einmalzahlungen, von denen es ja normalerweise deutliche Abzüge gibt.

Berücksichtigung muss auch die schwierige Ausgangssituation für die Verhandlungen finden: In der VKA, der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände, sind eben auch viele finanzschwache Kommunen repräsentiert, die vehement gegen deutliche Lohnerhöhungen auftreten. Die VKA, das – neben dem Bund – Gegenüber bei den Tarifverhandlungen, ist also sehr heterogen zusammengesetzt,

was die Verhandlungen besonders schwierig machte. Ohne die starke gewerkschaftliche Mobilisierung in den Warnstreiktagen wäre es sicherlich unmöglich gewesen, das beachtliche Niveau dieser Tarifeinigung zu erreichen.

Oder beides?

Kein Tarifergebnis hinterlässt restlose Zufriedenheit, es ist Kompromiss zwischen gegensätzlichen Interessen und spiegelt u. a. deren Kräfteverhältnis wieder. Es ergibt sich das paradoxe Bild eines historisch hohen Tarifabschlusses, der aktuell aufgrund der enormen Inflation trotzdem voraussichtlich einen Reallohnverlust bedeutet, wenn die Jahre 2021 bis 2024 insgesamt betrachtet werden. Dass dieser Reallohnverlust aber nur eine Delle bleibt, die in zukünftigen Lohnrunden wieder ausgeglichen werden kann, dazu besteht begründete Hoffnung. Viele Beschäftigte haben sich in der jüngsten Verhandlungsrunde engagiert, die Streikbeteiligung war überdurchschnittlich. Viele Neueintritte bei der GEW und den anderen Gewerkschaften belegen, dass es zahlreichen Kolleg:innen deutlich

wurde, dass gewerkschaftliche Organisation eine sinnvolle und zielführende Perspektive zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen und Entlohnung bietet. Daran lässt sich anknüpfen.

Wie geht es jetzt weiter?

Wenn der Abschluss nicht abgelehnt wird, beginnen nach Ablauf der Erklärungsfrist die Redaktionsverhandlungen. In diesen wird der genaue Wortlaut der Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern abgestimmt. Der Tarifvertrag zur Inflationsausgleichsprämie ist allerdings bereits redaktionell fertiggestellt und unterschrieben, so dass eine Auszahlung zeitnah erfolgen kann.

Durch die Laufzeit von 24 Monaten beginnt die nächste Tarifrunde über den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVöD) im Frühjahr 2025. Dann verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber wieder über eine Gehaltserhöhung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Andreas Werther
(Referent Sozialpädagogik und Weiterbildung)



Die Ankündigung und der Bericht zur Anti-kriegsveranstaltung der GEW-AG Krieg und Frieden im Dezember 2022 haben zu einigen LeserInnenbriefen geführt.

Betreff: GEW-Veranstaltung zum Ukraine Krieg | 12. 12. 2022 | DGB-Haus Frankfurt

Liebe GEW-Hessen, ich möchte euch meine Empörung über diese im Anhang angeführte Veranstaltung von verkappten Pazifisten unter dem Deckmantel der GEW aufmerksam machen, die damit offensichtlich nichts anderes betreiben wollen, als es die Appeasement-Politiker 1938 in München trieben – die allerdings, bevor Hitler Polen überfallen hatte.

Ich habe mich jetzt sehr zurück gehalten und bitte euch dringend darum, der GEW-Frankfurt klarzumachen, dass derartige Veranstaltungen nicht unter der GEW firmieren können.

Ich denke, es wäre sehr sinnvoll, wenn sich die GEW aus derartigen einseitigen Veranstaltungen raushalten würde, so weit ich weiß, hat es bisher keine anderen Stellungnahmen oder Veranstaltungen zu dem Ukraine-Krieg gegeben, was ich angesichts der dramatischen Situation ganz richtig finde, wie ich das auch während der Corona-Hochzeiten richtig fand, sich aus den politischen und den Sachfragen außerhalb der Schule rauszuhalten.

Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Gewerkschaftliche Grüße
Chris Ortmeier

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ich bin entsetzt über Euren Artikel zu der Veranstaltung und der Arbeitsgruppe „Kein Tag länger Krieg“.

Wie ihr wisst komme ich aus Polen und sehe den Krieg mitten in Europa als einen einseitigen Angriff von Russland auf Ukraine, mit dem Ziel, das ganze Land zu besetzen, die ukrainische Sprache, Geschichte, als nicht existent umzudeuten, als einen imperialistischen kolonialen Krieg. Und mit Menschen verachtenden Mitteln, mit Angriff auf die zivilen Einrichtungen, auf Zivilisten, mit Foltern (Butschal!), Vergewaltigung, Mord und Raub.

Auch ich bin gegen den und alle anderen Kriege. Aber: Dieser Krieg

kann nur beendet werden mit dem Sieg von Ukraine, erst dann können Verhandlungen stattfinden!

Ich bin nicht die einzige in der GEW Frankfurt, die das denkt, die seit 46 Wochen die Ukrainerinnen und Ukrainern auf vielfältige Weise unterstützt.

Ich hoffe, dass Ihr meinen Brief in der nächsten FLZ veröffentlicht und vielleicht meine Sichtweise auch reflektiert und annimmt!

Mit kollegialem Gruß
Renata Berlin

Betreff: GEW-Veranstaltung zum Ukraine Krieg | 12. 12. 2022 | DGB-Haus Frankfurt

Sorry, ich glaubte, ich hätte nicht richtig gelesen! Ich bin einigermaßen erschüttert von dem Unsinn, der da im Namen meiner Gewerkschaft verzapft wird. Wer soll da bitte einen Krieg beenden? Wie soll das gehen? Und: Wer pflegt da seine lieb gewonnenen Feindbilder?

Ist Russland in der Ukraine einmarschiert oder die Ukraine in Russland? Wird Kiew von russischen Raketen angegriffen oder Moskau von ukrainischen?

Meines Wissens haben weder die Ukraine noch die NATO, USA oder auch die Bundesrepublik die Grenzen Russlands überschritten. Oder habe ich da was nicht mitgekriegt?

Klar, Frieden hätten wir alle gerne. Aber man kann einen Krieg nicht beenden, den ein anderer begonnen hat und unvermindert fortsetzt. Man (also: die Ukraine in diesem Fall) könnte nur aufhören, sich zu wehren. Mit dem Ergebnis, dass Russland das Land besetzen würde. Welche Folgen das hätte, kann man sich ausmalen. In der Ukraine selbst und in anderen angrenzenden Staaten.

Anderswo ist – von denselben Leuten – mit Impetus vom ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker‘ die Rede. Wie steht es damit in der Ukraine, in Moldawien, Georgien, Kasachstan, Syrien u. a.? Nein, die NATO hat sich die baltischen Staaten nicht zwangsweise einverleibt, sie zwingt nicht Finnland und Schwe-

den in ihre Organisation, sie hat auch nicht die Ukraine zum Beitritt gedrängt. Wie verblendet kann man sein, wenn man das alles nicht wahrnimmt? Wie starr klebt man an seinen Vorurteilen, wenn man für all das „den Westen“, die NATO, die USA verantwortlich macht?

Vielleicht ist es von einer Gewerkschaft zu viel verlangt, ausgewogene weltpolitische Stellungnahmen zu entwickeln. Es ist auch nicht ihre Aufgabe. Der Kunstgriff, über den Begriff ‚Entwicklung von Feindbildern‘ den Bezug zu Erziehungsfragen herzustellen und sich damit eine – ziemlich fadenscheinige – Legitimation zu verpassen ist reichlich demagogisch.

Mit Sorge beobachte ich schon seit längerem, wie die GEW zum Rückzugsort versprengte dogmatischer Alt-Linker wird, denen weniger die konkrete gewerkschaftliche Arbeit, sondern vor allem die Pflege ihrer einseitigen Weltbilder am Herzen liegt. Wenn sich diese Entwicklung weiter fortsetzt, war die GEW die längste Zeit meine Gewerkschaft!

Claudia Möller

Leserbrief zu: Kein Tag länger Krieg! FLZ Nr.1/23

Es ist natürlich verdienstvoll und notwendig, wenn sich die GEW über die zermürbenden alltäglichen Probleme in den Schulen und Hochschulen auch einmal mit den Fragen von Krieg und Frieden beschäftigt, genauer gesagt mit dem Krieg in der Ukraine. Aber ist es zielführend, wenn sich das auf einem Niveau abspielt, das die kontroverse Einschätzung dieses Kriegs auf eine eindimensionale Positionierung verengt.

Hat eine AG Krieg und Frieden nicht der Tatsache Rechnung zu tragen, dass dieser Krieg von sicher vielen Mitgliedern der GEW durchaus unterschiedlich gesehen wird? Und wie ist das auch mit der Professionalität der Kolleg:innen zu vereinbaren, die im Unterricht Probleme differenziert und aus verschiedenen Perspektiven Probleme angehen und angehen sollen. Was also ist mit der Pluralität der Diskussion innerhalb der GEW geschehen, wenn diese beiden Dimensionen nicht mehr gesehen werden?

Wenn man nun die im Bericht wiedergegebenen Positionen zum Krieg in der Ukraine revue passieren lässt, so lässt sich hier von einer Einseitigkeit reden, die mehr als bedenklich ist.

Es ist nicht im leisesten zu erkennen, dass bei dieser Veranstaltung am 12.12.22 im DGB-Haus eine kritische plurale Diskussion stattgefunden hat, sondern hier hat sich offensichtlich eine Versammlung zusammengefunden, die zwar redundant die eigene Position verlaublich hat, aber die keineswegs ein Forum für die Meinungsbildung von interessierten Kolleg:innen darstellte. Es ist, so muss ich resümieren, ein Armutzeugnis für die innergewerkschaftliche Debattenkultur.

Und es nicht nur ein formales Armutzeugnis, sondern auch ein inhaltliches, denn die Inhalte sind durchaus kontrovers. Der Slogan auf dem transparent über dem Podium auf der Bühne (Krieg bringt keinen Frieden – Frieden braucht Verhandlungen) ist zwar ein schönes Motto, aber leider in der Realität, sowohl historisch wie auch aktuell, widerlegt und unbrauchbar. In der plakativen Formulierung ist er auch unhistorisch und schlicht dogmatisch-pazifistisch. Natürlich muss Krieg historisch differenziert betrachtet werden und es kann Krieg ein Weg zum Frieden gegen einen Vernichtungskrieg, wie es der nazifaschistische war, sein, ja, es war geradezu der einzige Weg, um den genozidalen Nazi-Faschismus niederzuringen, wobei man über die Mittel der Kriegsführung durchaus sehr kontroverser Meinung sein kann. Es bedarf also zentral einer Analytik des Kriegs als Mittel der Politik, und es bedarf einer Analyse des politisch-gesellschaftlichen Kontextes der Kriegsparteien, darunter ist es nicht zu haben.

Eine realistische Einschätzung der aktuellen Situation um den Krieg gegen die Ukraine muss also erst einmal analysieren, um welchen Typ des Kriegs und um welchen politischen Kontext es sich dabei handelt. Erst dann lassen sich Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Positionierung ziehen. Ich habe aber den Eindruck, dass man diese Mühe in der GEW scheut, eher dass man lieber kurzschlüssig auf eine traditionalistisch-pazifistische

Linie eingeschwenkt ist, die an der Realität vorbei geht und den eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird.

Traut man sich eigentlich nicht, eine solche kontroverse Diskussion in der GEW zu führen? Man hat doch als Vertreterin von Kolleg:innen in Hochschulen und Schulen genügend intellektuelle Kapazitäten, um das Phänomen auf einem angemessenen Niveau kritisch zu diskutieren.

Und ehe man eine solche kritische Diskussion nicht geführt hat, halte ich es für illegitim, dass ein Arbeitskreis Krieg und Frieden die im Artikel benannte Position als verbindliche Position der GEW ausgibt.

Ich habe als langjähriges, aktives Gewerkschaftsmitglied jedenfalls eine völlig andere Position zum Krieg gegen die Ukraine und stehe damit nicht allein, wie ich aus etlichen Gesprächen mit Kolleg:innen erfahren habe. Ich fordere also vom Bezirksvorstand, diese diskursive Plattform zu organisieren, die die AG Krieg und Frieden offensichtlich nicht leisten kann.

Nun noch einiges zu den im Artikel genannten Punkten. Natürlich ist es richtig, dass dieser Krieg auf Kosten von dringenden, unumgänglichen sozialen und ökologischen Projekten geht; dieses zu thematisieren ist natürlich Aufgabe von Gewerkschaften. Aber es wäre prinzipiell auch möglich, dies durch eine angemessene Umverteilung, d.h. Besteuerung der Vermögenden weitestgehend zu kompensieren.

Aber realitätsfern sind die Forderungen nach Beendigung des Krieges durch Verhandlungen, denn dies kann man nach all den diplomatischen Bemühungen schon im Vorfeld und während des Überfalls auf die Ukraine, als gescheitert angesehen werden. Das wird auch klar, wenn man die weiterhin propagierten Kriegsziele der Putin-Clique ernsthaft wahrnimmt und man sich ebenso ernsthaft mit dem faschistischen Charakter des Putinismus auseinandergesetzt hat. Auch das ist im Artikel der FLZ nicht zu erkennen.

Und faschistisch inspiriert ist auch dieser Vernichtungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung, ein permanenter Angriff auf die Menschen und ihre Lebensgrundlagen, die zu unvorstellbaren existenziellen und traumatisierenden Folgen führen. Auch das scheint nicht relevant

zu sein für eine gewerkschaftliche Positionierung, die ja gegenüber faschistischen Tendenzen weltweit aufgrund ihrer eigenen Geschichte sensibilisiert und gefordert sein sollte.

Und was heißt hier ‚internationale Solidarität‘? Gilt diese nicht den Schüler:innen und Student:innen, denen Schulen und Hochschulen zerschossen werden? Den Kolleg:innen in den Museen, denen die Museen ausgeraubt werden? Von anderen schrecken, wie Folter, Mord, Vergewaltigung, Verschwindenlassen von Menschen, Raub von Kindern, Deportation usw. nicht abgesehen. Dieser Vernichtungskrieg ist das Produkt eines revisionistischen faschistischen Systems und genau daran hat sich internationale Solidarität, auch die der Gewerkschaften, in ihren Gegenmaßnahmen zu orientieren. Es geht um den globalen Kampf gegen den erneut aufsteigenden internationalen Faschismus und der ist nicht mit voluntaristischen Parolen zu gewinnen wie ‚Kein Tag länger Krieg!‘.

Und zu lesen, dass eine zunehmende Feindbildproduktion in den westlichen Medien stattfindet, wie das im Artikel zu finden ist, ist geradezu weltfremd und absurd, wenn man die Feindbildproduktion in den russischen Medien vor Augen hat, die sich mit der Qualität der Nazi-Propaganda durchaus messen kann, angereichert durch moderne Verschwörungstheorien. Nicht zu vergessen, die nationalistische Militarisierung der russischen Schulen, die täglich Schüler:innen verhetzt und eine permanente Gehirnwäsche vorantreibt, Hass auch für die Zukunft in den Köpfen der nachwachsenden Generation sät, eine für Pädagog:innen mehr als erschreckende Dystopie.

Es wird kein Weg daran vorbeigehen, den Krieg auszukämpfen und dem russischen wie dem globalen Faschismus eine entscheidende Niederlage beizubringen.

p.s. Unter internationaler Solidarität würde ich mir als Pädagoge statt Wortgeklingsel eine Spendensammlung für Schulen in der Ukraine als angemessen vorstellen können, die von der GEW nicht nur in Frankfurt, sondern bundesweit organisiert würde

Herbert Kramm-Abendroth

Zu FLZ Nr. 1/23 „Kein Tag länger Krieg“ der AG Krieg und Frieden des GEW BV Frankfurt 12.12.2022

Erschüttert über diesen Artikel, da dem Aggressor Russland die ganze Empathie galt und nicht dem Leid der Privatpersonen in der Ukraine, schreibe ich diesen Text. Die Angst vor einer Ausweitung dieses Krieges zu einem Weltkrieg ist berechtigt und ich verstehe grundsätzlich auch pazifistische Grundhaltungen. Aber dennoch darf man nicht Täter und Opfer verwechseln, wie dies in diesem Artikel geschieht. Putin ist aktuell derjenige, der einen imperialistischen Krieg führt und nicht der „Westen“.

Solange Putins Einnahmen durch den hohen Ölpreis flossen und die russische Bevölkerung unter ihm zufriedener als unter Jelzin war, hatte Putin nichts gegen die Nato-Osterweiterung. Erst als die Wirtschaft in Russland zu schwächeln begonnen hatte und es zu Demonstrationen gegen ihn gekommen war, erfand er, um innenpolitisch an Boden zu gewinnen, das Propagandanarrativ von der Bedrohung durch die Nato. Putin ist derjenige, der seit langem imperialistische Kriege führt. Er will keine echten Friedensverhandlungen, sondern die Herrschaft über die Ukraine und andere Nachbarvölker wie zur Zeit des Zarenreiches.

Die russische Regierung hatte bereits den Völkermord der serbischen Armee an den muslimischen Bosniern propagandistisch unterstützt, einen erbarmungslosen Krieg in Tschetschenien geführt, die Bombardierung in Syrien und einen Krieg gegen Georgien zu verantworten. Seit der Übernahme der Krim und dem Krieg in der Ost-Ukraine bedrohte sie die Integrität der Ukraine. Sie unterstützt indirekt den Iran, der in Jemen Krieg führt und bedroht dadurch auch den Staat Israel, der durch Hamas und islamischen Dschihad angegriffen wird. Putin hatte die russische Gesellschaft gezielt auf seinen imperialistischen Krieg vorbereitet. So schränkte er die Aufarbeitung der Stalinzeit wieder ein. Unbequeme Tatsachen wie der Hitler-Stalin-Pakt, der den Beginn des 2. Weltkrieges vorbereitete, sollten dadurch vergessen gemacht werden, um wieder an Stalins Verdienste im „Großen Vaterländischen Krieg“ anknüpfen zu können. Dadurch wollte er die alten Stalinisten auf seine Seite ziehen. Das millionenfache Verhungern der Ukrainer während Stalins brutaler Industrialisierung wurde von der russischen Regierung ebenfalls verschwiegen. Putin kritisierte in der Ukrainefrage Lenin, der den Ukrainern eine gewisse Selbständigkeit innerhalb der Sowjetunion zugestanden hatte. Putin wertete, wie einst Stalin im Weltkrieg, die Russisch-orthodoxe Kirche samt Homophobie, Sexismus und Antisemitismus auf, um gegen den liberalen „Westen“ zu polemisieren. Oppositionelle und Journalisten im eigenen Land ließ er einsperren oder umbringen. Im Ausland unterstützte er durch seine Agenten sowohl rechtsradikale Parteien, wie zum Beispiel den Front National in Frankreich als auch antiwestliche Linke. Hauptgegner seiner Propaganda sind die liberalen Werte des „Westens“ inklusive deren Flüchtlingspolitik. Trumps Wahl und der Brexit sind unter anderem auch Ergebnis dieser Politik.

In dem Artikel werden Verhandlungen und die Beendigung der Aufrüstung und des Wirtschaftskrieges gegen Russland gefordert. Die russische Regierung soll sich also alles erlauben können, ohne Konsequenzen zu erleiden? Nein, wir müssen die Ukraine mit Waffen unterstützen und aufrüsten, sonst errichtet Putin sein „Großrussland“ ohne Demokratie und Menschenrechte. Außer-

dem bedroht er Staaten wie Moldawien, die baltischen Staaten und Polen. Die „Zeitenwende“ muss auch ein Signal an andere Staaten sein, die ebenfalls Atomwaffen besitzen, dass sich auch eine Atommacht nicht jedes beliebige Land ohne Folgen einverleiben kann. Wenn der Westen alles hinnehmen würde, würden andere Aggressoren eher ermutigt als abgeschreckt und die Gefahr eines dritten Weltkrieges würde erhöht. Waffenhilfe an die Ukraine begrenzt eher das Risiko einer atomaren Eskalation, weil sich etwa Chinas Regierung die möglichen Folgen eines Angriffs auf Taiwan dadurch gut überlegen wird. Eine Schwäche des Westens könnte auch den Iran, der Russland mit Waffen unterstützt,

ermutigen zu eskalieren, um in seiner Region die Vormacht zu erlangen. Was passiert, wenn der Westen in Friedensverhandlung nachgibt, zeigt das Beispiel Afghanistans. Trump hatte dort den Fehler gemacht, Friedensverhandlungen mit den Taliban zu führen. Jetzt herrschen dort die Taliban, die alle Versprechungen gebrochen haben. Mädchen dürfen nicht mehr in die Schule gehen und das Land versinkt in Armut. Frieden ist wichtig, aber nicht um jeden Preis. Eine Bildungsgewerkschaft wie die GEW sollte sich für Freiheit und Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung und Diktatur wenden.

Wolfram Spitta,
Ernst-Reuter-Schule II

Replik.

rückzuziehen: Jetzt herrschen dort die Taliban! Der Rückzug sei falsch gewesen.

Faschismus nur und vor allem in Russland anzusiedeln negiert ja wohl völlig den bisherigen Stand der kritischen politischen Ökonomie, nämlich Faschismus als Lösungsvariante der Verwertungsschwierigkeiten des Kapitalismus durch Diktatur und Militarisierung und die vielen entsprechenden Bewegungen unter dem Schirm der NATO: von Trump über Erdogan, Le Pen, Italien, aber auch Bolsonaro u.a.

Aber auch die Legionen von Regimechanges durch die USA durch Geheimdienste und Militär, vom „Vorhof“ Süd- und Mittelamerika, ihrer ursprünglichen und langjährigen Unterstützung von Saddam Hussein in seinem 7-jährigen Krieg gegen den Iran, Bin Laden (der seine Dialyse in US-Militärhospitälern vornehmen ließ, bis er in Ungnade fiel) und die Aufrüstung der Taliban (gegen die damalige UdSSR) spielen für Überlegungen zur internationalen Sicherheit offensichtlich keine Rolle!

Speziell für Afghanistan: Dort konnten schon einmal Mädchen in die Schulen gehen und waren Frauen gleichberechtigt, nämlich begrenzt seit 1933, als die Engländer aus dem Land getrieben waren, dann in den folgenden Republiken 1973 und 1978, welche letztere von 1979 bis 1989 durch die russische Besatzung gestützt wurde, bis dem ein Ende bereitet wurde durch die von den USA unterstützten Taliban. Gerade an Afghanistan kann besonders gut gezeigt werden, was den USA wichtig(er) ist: die Befreiung der Frauen und Beendigung von religiösem Terror oder die Zurückdrängung Russlands zulasten der Zivilisation. Aber für meisten scheint ja der Krieg in Afghanistan erst mit dem 11. September 2001 begonnen zu haben.

Auch die Geschichte Irans weist Ähnlichkeiten auf. 1951 wurden die westlichen Ölkonzerne verstaatlicht, zwei Jahre später wurden sie durch einen von der CIA unterstützten Putsch den Alteigentümern wieder zurückgegeben. Regime-Change durch die USA ist keine Erfindung der Neuzeit, sondern zieht sich durch die gesamten letzten 70 Jahre.

Herbert Storn
die AG zu Krieg und Frieden
in der GEW

Es gab mehr positive Resonanz als negative.

Zwei positive Zuschriften haben mich allerdings ziemlich betroffen gemacht, um nicht zu sagen: erschreckt. Hier wurde mir „Mut“ attestiert, weil ich meine Meinung veröffentlichte. Mut empfand ich eigentlich nicht, weil ich (immer noch) davon ausgehe, dass das Grundrecht der freien Meinungsäußerung auch in diesen Zeiten noch nicht zur Disposition steht. Rückblickend auf die „Corona-Jahre“ habe ich allerdings schon einen Konformitätsdruck gespürt, den ich so noch nicht kannte. Der Unterschied zu früher war, dass dieser Druck von dem gewohnten Links-Rechts/Konservativ-Schema abwich und plötzlich auch von sonst „Gleichgesinnten“ übernommen wurde. Das setzt sich jetzt anscheinend fort.

Denn auffällig ist, dass die LeserInnenbriefe i.d.R. mit Beschimpfungen und Ehrabschneidungen verbunden sind (z.B. Empathielosigkeit, Unsinn verzapft, liebgeordnete Feindbilder gepflegt, starr an Vorurteilen zu kleben, reichlich demagogisch, dogmatisch versprengte Altlinke, Pflege einseitiger Weltbilder, krude, ideologisch verbohrt); in einem Leserbrief finden sich allein 20 (!) davon. Wohlgerichtet von Gewerkschaftsmitgliedern, die mich aus jahrzehntelangem gewerkschaftlichem Engagement her kennen.

Es setzt objektiv Menschen herab, die so denken wie ich und sich nicht im Mainstream der (ver)öffentlich(t)en Meinung bewegen. Es ist dazu angetan, die gesellschaftliche Kritik an den politischen Vorgaben weiter zu isolieren.

Dabei war Kritik an der (vor)herrschenden Politik bisher doch begleitender und wesentlicher Bestandteil unserer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit.

Inhaltlich bewegen sich die meisten Argumente der Repliken auf dem, was uns täglich in den Medien begegnet, und verstärken so das hegemoniale Narrativ, was von den LeserbriefschreiberInnen ja auch als das richtige angesehen wird.

Was auffallenderweise nicht angesprochen wurde:

a) Die Verengung des medialen Blickwinkels auf die G-7- und ihnen nahestehenden Staaten und die weitgehende Ausblendung der „zweiten“ und „dritten Welt“. Das ist zwar nichts Neues und ist bei der Coronapolitik wieder aufgeblitzt, als Deutschland zusammen mit anderen sich gegen eine Aufhebung der Impfpflicht für ärmere Länder stark machte.

b) Die international heiß diskutierte strategische Frage von multilateraler Weltordnung contra unipolarer unter US-Vorherrschaft.

c) Ein realistisches Bild von der Ukraine (als oligarchischer Staat mit einer der höchsten Korruptionsraten), den USA (innere und äußere Widersprüche) und Russland (Versuch der Übernahme einer neoliberalen Politik unter Jelzin).

d) Die Rolle markt- und politikbeherrschender multinationaler Unternehmen und die Konkurrenzverhältnisse – nicht nur, aber auch auf dem Energiesektor. Dass jetzt Gas von der Wertegemeinschaft von Katar oder das siebenmal teurere und umweltschädlichere Fracking-Gas der USA das Pipeline-Gas aus Russland ersetzt, ist dabei nur ein kleiner Mosaikstein.

e) Kaum oder oberflächlich angesprochen wird die nationale und internationale Reichtumsverteilung

f) Kaum oder oberflächlich angesprochen wird der Zusammenhang von ökologischer Frage und Rüstung/Krieg. Hier nur darauf zu verweisen, wer den Krieg angefangen hat und ihn ja jederzeit wieder beenden könne, reicht nicht, weil auch dieser Krieg eine Vorgeschichte hat.

g) Putin für so ziemlich alle Fehlentwicklungen dieser Welt hinzustellen und dabei die Geschichte des Westens in Lateinamerika, die Regime-Changes und „failed states“ usw. auszublenden, ist für eine sachliche Erörterung nicht gerade förderlich

h) Die Sanktionspolitik (der Wirtschaftskrieg) des Westens und ihre Auswirkungen auf die sozialen und ökologischen Verhältnisse hierzulande und im globalen Süden werden weitgehend ausgeblendet.

i) Ein immer wieder auftauchendes Argument ist das Folgende:

Der Ukraine-Krieg sei mit dem 2. Weltkrieg gleichzusetzen (Putin = Hitler und die NATO als Befreiungsarmee gegen den Putin-Faschismus). Es gehe sogar „um den globalen Kampf gegen den erneut aufsteigenden internationalen Faschismus“. Der sei nicht mit voluntaristischen Mitteln wie ‚Kein Tag länger Krieg‘ zu gewinnen!

Verhandlungen brächten nichts. Frieden sei nicht ohne (Verteidigungs-)Krieg zu haben. Der Krieg könne nur mit dem Sieg der Ukraine beendet werden. Es gehe kein Weg daran vorbei, „den Krieg auszukämpfen und dem russischen und globalen Faschismus eine entscheidende Niederlage beizubringen.“ Ja: Den Ukraine-Krieg ohne Gegenwehr hinzunehmen, erhöhe sogar die Gefahr eines 3. Weltkrieges. Und das Beispiel Afghanistan zeige, was es bedeutet, sich vorzeitig aus einem Krieg zu-



1. Mai 2023 auf dem Frankfurter Römer – voller denn je ...

Wir brauchen Lehrer*innen! Personalnot jetzt bekämpfen!!

An: Kultusministerkonferenz (KMK), insb. Udo Michallik (Generalsekretär), Astrid-Sabine Busse (Präsidentin), Christine Streichert-Clivot (1. Vizepräsidentin)

Der Fachkräftemangel trifft die Schulen hart: Über 80.000 Lehrkräfte könnten in Deutschland schon bald fehlen¹ – während die Zahl der Schüler*innen weiter steigen dürfte. Schon jetzt sind Tausende Stellen nicht besetzt. 80 Prozent der Schulleitungen können ihre Schüler*innen nicht ausreichend beim Lernen unterstützen. Ein Drittel der Kinder und Jugendlichen zeigt deutliche Lernrückstände.² Wir fordern die Kultusministerkonferenz auf, jetzt eine tragfähige und nachhaltige Lösung für den Lehrkräftemangel zu entwickeln.

Mehr Pflichtstunden, weniger Teilzeit, Ausweitung von Hybridunterricht – Maßnahmen wie diese schlägt die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK), ein Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz, vor. Doch klar ist: Lehrer*innen, die aktuell bereits am Limit arbeiten, würden so nur weiter verheizt. Attraktiver für Nachwuchslehrer*innen wird der Beruf so jedenfalls nicht – im Gegenteil.

Wir fordern von der Kultusministerkonferenz:

1. Viele Lehrer*innen arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. Das schreckt junge Menschen ab, sich für diesen Beruf zu entscheiden. Es braucht dringend bessere Arbeitsbedingungen wie eine Senkung der Arbeitszeit, kleinere Klassen, mehr Ausgleichsstunden, einen besseren Gesundheitsschutz und Unterstützungssysteme wie Team-Coaching und Supervision.

2. An Schulen ist weit mehr zu tun als nur der Unterricht. Zudem übernehmen Lehrer*innen viele fachfremde Aufgaben. Mehr multiprofessionelle Teams und die Einstellung von Verwaltungs- und IT-Expert*innen können Lehrkräfte entlasten und zusätzliche Arbeitskapazitäten schaffen.

3. Die Attraktivität des Lehrkräfteberufs muss gesteigert werden. Dazu gehört beispielsweise die gleiche Bezahlung der Grundschullehrer*innen mit den Lehr-

kräften anderer Schulformen. Die Arbeit an den Grundschulen aufzuwerten, die überwiegend von Frauen geleistet wird, ist überfällig – das gilt auch für Schulen der Sekundarstufe I.

4. Es müssen dringend mehr Studien- und Referendariatsplätze geschaffen werden. Die angehenden Lehrkräfte müssen besser betreut werden, damit sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können.

5. Kurzfristig ist der Bildungsbetrieb auf Quer- und Seiteneinsteiger*innen angewiesen. Auch die Arbeitsbedingungen der Quer- und Seiteneinsteiger*innen müssen verbessert werden. Sie benötigen genügend Zeit und Qualifizierungsangebote, um sich fehlende, vor allem pädä-



gogische Ausbildungsinhalte anzueignen. Nach erfolgreicher Ausbildung sollen ihre Abschlüsse voll ausgebildeten Lehrkräften gleichgestellt werden.

Weitere notwendige Maßnahmen, die die Bedingungen für Lehrer*innen und Schüler*innen verbessern, haben wir in unserem 15-Punkte-Programm zusammengestellt: <https://www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel>

Warum ist das wichtig?

Die Bundesländer haben es verpasst, rechtzeitig für ausreichend Nachwuchs an den Schulen zu sorgen. Die Folgen zeigen sich jetzt: Massenweise fallen Stunden aus, erste Schulen schicken ihre Schüler*innen zeitweise in den Distanzunterricht. Die Bildungschancen insbe-

sondere von Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien verschlechtern sich dadurch zunehmend. Wenn die älteren Lehrkräfte in Pension oder Rente gehen, droht eine noch massivere Personalnot an den Schulen. Für die Bildungsqualität der jungen Generation ist das insgesamt eine große Gefahr.

Aber auch die Lehrkräfte leiden unter der Situation. In einer Umfrage gaben 80 Prozent aller Lehrer*innen, an deren Schule Personal fehlt, an, psychisch und körperlich unter der Belastung zu leiden – von Schlafstörungen über Zukunftsängste bis hin zum Burn-out.³ Ohne den Einsatz dieser engagierten, aber stark belasteten Lehrer*innen würde das Schulsystem schon lange nicht mehr laufen.

„Die Politik darf nicht den Fehler machen, den dramatischen Lehrkräftemangel auf dem Rücken der Lehrkräfte und letztlich der Kinder, Jugendlichen und auch der Eltern auszutragen“, stellt Maie Finern, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, klar.⁴ Fakt ist aber: Genau das passiert gerade. Wir fordern von der KMK eine tragfähige, gemeinsame Strategie der Bundesländer, die die Arbeit der Lehrkräfte wertschätzt und den Fachkräftemangel nachhaltig stoppt. Wir sind gerne dazu bereit, unsere Vorschläge mit der KMK zu diskutieren und miteinander Lösungen gegen den dramatischen Lehrkräftemangel zu finden.

Quellen:

- 1 „Bildungsforscher hält Berechnungen der Kultusminister teilweise für ‚unseriös‘“, Spiegel Online, 25. Januar 2022. „Lehrkräftemangel: Tausende Stellen unbesetzt“.
- 2 „Das Deutsche Schulbarometer“, Robert Bosch Stiftung, November 2022.
- 3 „Hilflos, unzufrieden, krank“, Spiegel Online, 30. Januar 2020.
- 4 „GEW: ‚Politik darf eigene Fehler nicht auf dem Rücken der Lehrkräfte austragen!‘“, GEW, 27. Januar 2023.



Aus dem Vorwort:

In Artikel 69 der Hessischen Verfassung heißt es unmissverständlich: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Die Realität in Hessen sieht anders aus. Hier ansässige Rüstungskonzerne schmieden Waffen, die in Kriegs- und Krisengebieten zum Einsatz kommen, Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vorbereitet und an Hochschulen militärische Forschungen betrieben. (...)

Es braucht endlich eine zivile Zeitenwende für Diplomatie und Abrüstung sowie den Einsatz von finanziellen Ressourcen für soziale Sicherheit und Klimaschutz. Gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges ist es wichtig, sicherheitspolitische Alternativen zu Rüstungsexport und Aufrüstung zu formulieren. (...)

Hessen ist einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD. Insgesamt konnten 108 Firmen mit rüs-

tungsrelevanter Produktion und Dienstleistungen in 48 Gemeinden Hessens ausfindig gemacht werden. Darunter sind Marktführer wie Rheinmetall und Kraus-Maffei-Wegmann in Kassel, deren Panzer in Konfliktregionen dieser Welt zum Einsatz kommen. (...)

Von den 13 hessischen staatlichen Hochschulen haben sieben eine Zivilklausel oder eine interne Regelung, die der Hochschule eine freiwillige Verpflichtung auferlegt, keine Forschung mit militärischem Nutzen zu unterstützen. DIE LINKE hat vielfach die Bewegungen für Zivilklauseln an den Hochschulen unterstützt und wird sich dafür einsetzen, dass die verbliebenen Einrichtungen noch zu entmilitarisierten Zonen werden.

DIE LINKE hatte bereits 2011 und 2018 einen Rüstungsatlas Hessen vorgelegt. Nun liegt eine dritte überarbeitete und aktualisierte Version vor, die informieren und dazu anregen soll, Diskussionen über Alternativen zu Rüstungsproduktion und einer Militarisation nach innen und außen zu führen. Die vorliegende Dokumentation soll der Friedensbewegung und allen Interessierten wichtige Informationen an die Hand geben.

Arbeiten wir, auch in Zeiten in denen die Logik des Militärischen überhand zu nehmen scheint, gemeinsam daran, dass der friedenspolitische Gehalt, der Einsatz für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung und die Ächtung von Krieg und Rüstung Leitlinie hessischer Landespolitik werden.

Jan Schalauske,
Friedenspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE, im
Hessischen Landtag



... auch beim Ostermarsch am 10. April 2023 war der Frankfurter Römerberg voller denn je.

TERMINE • FEIERN UND KÄMPFEN

- Zentraler Aktionstag der GEW am 20. September 2023